

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Weißgardist Brüning

Der Diener Hindenburgs — Genosse Siemsen begründet das Mißtrauen der SAP

Berlin, 25. Februar 1932

Das die heutige Reichstagssitzung beherrschende Element war ohne Frage die Rede des Reichskanzlers Brüning, die, schon für gestern erwartet, doch heute womöglich noch gesteigerte Wirkung hatte. Trotz seiner gegenüber früheren Anlässen verschärften Kampfstellung gegen die Nazis gewann man den Eindruck, daß der Kanzler auf diesem Felde bloß plänkelte, daß er zwar hin und wieder zu flotten Reiterattacken gegen die rechte Seite des Hauses ansetzte, die ihn ja in diesen Tagen schwer genug gereizt hatte, daß er aber seine schweren Waffen doch gegen die Sozialdemokratie ins Treffen führte, die ihn so opferwillig gestützt und bisher gehalten hat und die ihn auch trotz aller Unbill weiter halten wird. Im Mittelpunkt von Brünings Rede stand

das scharf formulierte, nirgends abgeschwächte Bekenntnis zur aktiven Konterrevolution.

die Enthüllung der Tatsache, daß der Frontsoldat, der jetzt Kanzler ist, am 9. November, inmitten einer vom Kaiser befohlenen und eigens für diesen Zweck aufgestellten Truppe bereit stand, die Revolution mit der Waffe in der Faust zu bekämpfen.

Sehr richtig hob Genosse August Siemsen, der sofort nach dem Kanzler zu Wort gelangte, hervor, daß dies Bekenntnis, das der Kanzler gewissermaßen mit Stolz vorgetragen habe, auch für die Gegenwart Gültigkeit besitze.

*

Bei Beginn der Sitzung verkündete Präsident Loebe, daß der Reichstag, um sein Arbeitsprogramm bis Freitagabend zu bewältigen, am heutigen Donnerstag eine sehr lange Sitzung halten werde. Prälat Leicht von der Bayerischen Volkspartei polemisierte vorwiegend gegen die Rechte des Hauses, brachte mit anekdotischen Bemerkungen manchen Heiterkeitserfolg ein und erklärte, daß seine Partei unbedingt für Hindenburg eintreten werde. Nach ihm soll unser Genosse August Siemsen sprechen. Aber Präsident Loebe gibt dem Reichskanzler das Wort.

Brüning beginnt

Brüning, zu Anfang und im Hauptteil seiner Rede, die er teilweise fertig formuliert vorträgt, stark von den Nationalsozialisten gestört, war rhetorisch außerordentlich auf der Höhe. Er betonte erst einmal, daß eigentlich die Festsetzung der Termine für die Reichspräsidentenwahl der einzige wesentliche Punkt der Tagesordnung dieser Reichstags-Session sei. Aber — soweit treibt die Regierung ihr Entgegenkommen gegen die Leute, die allem Brauch entgegen auch außen- und innenpolitische Debatten führen wollen — „die Regierung hat es für ganz selbstverständlich gehalten, daß bei dieser Gelegenheit auch eine politische Debatte stattfinden“.

Im ersten Teil seiner Rede beschwerte sich der Kanzler über „die ziemlich oberflächliche Kritik“, die gestern die Rechte an seiner Außenpolitik geübt habe. Er wandte insbesondere dem Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven ein, daß er zum Teil Ausführungen gemacht habe, die er, der Kanzler, wohl im Auswärtigen Ausschuß zu behandeln und zu widerlegen in der Lage sei, nicht aber vor dem Plenum „aus Rücksicht auf alte diplomatische Traditionen“.

Zur ostasiatischen Frage erklärte er, daß die Reichsregierung mit steigender Besorgnis die Vorgänge in der Mandchurei verfolge, die den Frieden zwischen Japan und China erschüttert hätten. Die Zugehörigkeit

Hitler ist Deutscher Endlich erreicht!

Braunschweig, 25. Februar 1932.

Der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, ist von der braunschweigischen Regierung mit sofortiger Wirkung zum Regierungsrat an der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin ernannt worden. Hitler ist damit deutscher Staatsangehöriger geworden. Die Urkunde über seine Ernennung wurde vom braunschweigischen Ministerpräsidenten Küchenthal und dem Minister Klagges am Donnerstag nachmittag unterzeichnet.

Brot wird teurer

Bäcker drohen mit Steuerstreik

Berlin, 25. Februar 1932

Der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins wird sich am heutigen Donnerstag mit der Lage auf dem Mehlmarkt befassen und vielleicht noch heute, spätestens aber am morgigen Freitag zu dem Beschluß kommen, den

Brotpreis ab Montag um 2 Pfennig zu erhöhen,

also von 45 auf 47 Pfennig. Die Bäcker lassen keinen Zweifel daran, daß eine Verteuerung des Brotes nicht mehr abwendbar sei, weil allen seinerzeit von Regierungsseite gemachten Versprechungen zum Trotz die Mehlpreise nicht gesenkt worden seien. Das Bäckergewerbe haben die zuständigen Stellen immer wieder auf diese unhaltbare Situation aufmerksam ge-

zum Völkerbunde und die deutschen Handelsinteressen machten es der Reichsregierung zur Pflicht, sich mit ganzer Kraft für die friedliche Regelung des Konflikts einzusetzen. Sie habe deshalb auch an der Entsendung einer Untersuchungskommission in die Mandchurei mitgewirkt.

Der Führer einer Oppositionspartei, so fährt der Kanzler fort, hat einer amerikanischen Zeitung gegenüber erklärt, daß er den Ton meiner Rede in Genf zwar im allgemeinen nicht leiden könne, daß er aber den darin geäußerten Standpunkt, besonders auch im Hinblick auf die Abrüstung, als eine angenehme Überraschung empfinde (stürmisches Hört! Hört!; Lärm und Rufe rechts: Namen nennen!). Der Kanzler nennt den Namen des Ritters von Epp, worauf bei den Nationalsozialisten neue lärmende Unterbrechungen eintreten, die mit Zurufen auch von der Regierungsbank beantwortet werden.

Als Präsident Loebe die Nationalsozialisten ermahnt, doch nicht dauernd zu provozieren, kommen von den Nationalsozialisten Rufe: Der Verkehrsminister provoziert!

Brüning rechtfertigt dann seine Haltung in der Memelfrage und weist hier insbesondere Angriffe des nationalsozialistischen Abgeordneten Rosenberg zurück, der bemängelt hatte, daß 40 Prozent des Personals der deutsche Gesandtschaft in Kowno Litauer seien. Brüning hat sich inzwischen die Unterlagen besorgt und teilt nun mit, daß fast alle von Rosenberg gemeinten Personen „Balten“, das

macht, immer wieder sei Abhilfe versprochen worden, aber der Erfolg sei ausgeblieben, und deshalb komme man um eine Brotpreiserhöhung nicht mehr herum.

Die Radikalisierung in Gewerbetrieben scheint jetzt nach dem Vorbild, das die Gastwirte gegeben haben, auch bei den Bäckern Fortschritte zu machen. So hielt die Freie Vereinigung Groß-Berliner Bäckermeister in den Germaniasälen eine Protestversammlung unter der Devise „Selbsthilfe oder Zusammenbruch“ ab und stellte folgende zu propagierende Forderungen auf:

1. Fort mit einseitigen Preiseingriffen — sonst

Steuerstreik!

2. Zwangsweise Reduzierung der Mehlpreise zugunsten der Verbraucher.

3. Zusammenarbeit mit dem Verbraucher.

heißt „frühere russische Staatsangehörige“ wären. Im Haus entsteht verständnisvolle Heiterkeit, denn Rosenberg ist selbst Balte und leitet aus dieser Tatsache besondere Rechtsansprüche her. Dann kommt er auf die Vorgeschichte seines Vorschlages, die Präsidenschaft Hindenburg auf sozusagen parlamentarischem Wege verlängern zu lassen. Es wird lebhaft auf den nationalsozialistischen Bänken.

Geplänkel mit Goebbels

Der Reichskanzler wiederholt dann die Sätze aus seiner Rundfunkrede, wonach zu den Legalitätsbeteuerungen Hitlers in schroffem Gegensatz die Äußerungen nicht weniger prominenter Unterführer der Partei stünden. Das Auftreten der Nationalsozialisten gegenüber der ausländischen Presse im Kaiserhof und wilde Reden ließen es als Pflicht erscheinen, nun auch einmal vor breiter Öffentlichkeit — durch den Rundfunk — die Ansicht der Reichsregierung bekanntzugeben. (Beifall bei der Mehrheit). Die Regierung ist auch immer für eine strenge, aber gerechte Durchführung der Presseverbote eingetreten. Ich habe von vornherein auf dem Standpunkt gestanden, daß es gegenüber einer sich noch so stark gebärdenden nationalsozialistischen Bewegung

nicht opportun sei, mit Maßnahmen vorzugehen, die an das Sozialistengesetz erinnern.

(Anhaltender Lärm bei der Nationalsozialisten

und Kommunisten.) Das ist auch die Grundtendenz des Erlasses des Reichswehrministers, daß, wenn sich ein Bestreben seitens des Führers oder der Führer einer solchen Bewegung zeigt, unbedingt die Massen auf dem Wege der Legalität weiterzuführen, man solche Bemühungen nicht von vornherein zurückweisen kann. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Ich stehe aber nicht an, zu erklären, daß, wenn sich nach dem Erlaß des Reichswehrministers Mißbräuche und Mißstände in der Reichswehr ergeben würden, wir diesen Erlaß ebenso entschlossen wieder aufheben würden. (Beifall bei der Mehrheit.)

Bei den weiteren Ausführungen des Reichskanzlers entwickeln sich rechts

dauernde Störungen.

Dr. Goebbels versucht, minutenlang auf den Reichskanzler einzureden. Es gelingt dem Präsidenten, die Ruhe wiederherzustellen.

Dr. Brüning fährt fort: Wenn Dr. Goebbels behauptet, die Reichsregierung trage die Schuld an einem sich entwickelnden Bürgerkrieg, so muß ich sagen, das ist doch das stärkste Stück, das ich bisher erlebt habe. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. Oh!-Rufe bei den Nationalsozialisten.)

In den sich anschließenden Lärmkundgebungen der Rechten bleiben weitere Äuße-

Bierstreik in Berlin

(siehe Seite 3)

rungen des Reichskanzlers zeitweise unverständlich. Dr. Brüning wendet sich dann gegen die Behauptungen über „das System“.

Am 9. November ...

Als er, fast spielerisch, hinwirft, die Nationalsozialisten seien sich wohl über die Begriffe nicht ganz klar, denn manchmal sprächen sie vom „System des November“, manchmal vom „System Brüning“, fällt von den Bänken der Nazis das Stichwort, auf das Brüning augenscheinlich gewartet hat: „Das ist ja das Gleiche“. Dann wird Brüning deutlich:

„Meine Herren“, sagt er, „wagen Sie es nicht, mich in irgendeiner Weise mit dem 9. November in Verbindung zu bringen!“

Und in dem Lärm der Rechten fährt er fort:

„Am 9. November war ich an der Spitze einer Truppe, die zur „Gruppe Winterfeldt“ gehörte, die damals zur Niederwerfung der Revolution gebildet wurde.“

Einen Augenblick herrscht betretenes Schweigen im Saal. Auf den sozialdemokratischen Plätzen ist es totenstill. Das ist ihr Kanzler, den sie stützen und tolerieren. Dann gibt es Beifall in der Mitte. Brüning fährt fort:

„Wenn der Abgeordnete Rosenberg meine vaterländische Gesinnung verdächtigt (neuer Lärm rechts), so muß ich es ablehnen, darüber Belehrungen von einem Manne entgegenzunehmen, der in jener Zeit noch gar nicht entdeckt hatte, welches Vaterland er überhaupt hatte (stürmischer Beifall bei der Mehrheit).“

Die Nazis lärmten wie besessen. Loebe kann sie minutenlang nicht zur Ruhe bringen. Da unterstützt ihn eine Fistelstimme, die einer kommunistischen Abgeordneten gehört. „Das sind doch Groeners Rekruten“, ruft sie. Brüning fährt fort:

Genosse Siemsen spricht

„Jetzt muß ich einmal Klarheit über gewisse Dinge schaffen. Auf die Dauer ist es nicht zu ertragen, im Interesse des Staates, daß über die loyal geführten Verhandlungen in Sachen der Reichspräsidentenwahl nachtraglich von den Oppositionsparteien völlig falsche Nachrichten verbreitet werden. Die Behauptung, daß ich mit meiner Person an dem Nichtzustandekommen einer Einheitskandidatur des Reichspräsidenten v. Hindenburg schuldig sei, muß ich in Übereinstimmung mit allen dafür in Frage kommenden Stellen als eine bewußte Unwahrheit bezeichnen. (Sturm. Hört, Hört! im ganzen Hause.)

Den Führern der nationalen Opposition ist ebenso bekannt wie mir, daß ich diese Schuld nicht trage. Ich habe mehrfach dem Reichspräsidenten meine Demission angeboten, um die Bahn freizumachen. Selbstverständlich wollte ich meinen Posten nur verlassen, um die Bahn für den Aufstieg freizumachen, aber nicht für das Chaos (Beifall bei der Mehrheit).

Die Forderungen einer Gruppe, die letzten Endes darauf hinausliefen, ihr den ganzen Staatsapparat auszuliefern, haben das Scheitern der Verhandlungen verschuldet.

In diesem Zusammenhang gebraucht er die verächtliche Wendung, daß immer seine Absicht gewesen sei, die Opposition — und da er nur von den Nazis spricht, kann er nicht wohl jemand anders meinen — „an den Staat schrittweise heranzuführen“. Stechschrittweise, meint eine Stimme auf der Presstribüne.

Der Kanzler sagt weiter:

„Zu derartigen Experimenten war der Reichspräsident, dem während seiner ganzen Amtszeit die Einigkeit und die Konzentration aller Kräfte am Herzen gelegen hat, in keinem Augenblick bereit.

Ich muß das feststellen, damit nicht im Wahlkampf immer wieder mit solchen Lügen operiert wird (Beifall bei der Mehrheit). Ich habe mich den Bestrebungen, die Opposition an die Macht heranzulassen, nicht widersetzt, weil ich immer hoffe, daß es dem maßvollen Führer gelingen würde, die Massen der Anhänger im Zaume zu halten. Ich habe freilich nicht einen Hehl daraus gemacht, daß bei einer solchen Beteiligung der Opposition an der Regierung ich mit meiner Person nicht mehr in Frage käme (Zurufe bei den Nationalsozialisten: Sie würden wir auch nicht akzeptieren!)“

Einladung zur Mitregierung?

Brüning wendet sich wieder an die Nazis. Es ist ein einziges Liebeswerben, durchsetzt von kleinen Neckereien:

„Sie jammern immer über das „System“ und darüber, daß Sie nicht an die Macht kommen. Ja, es gehört natürlich auch ein gewisses Maß von politischem Verständnis dazu (starker Beifall und Heiterkeit bei der Mehrheit). Es sind ungezählte Versuche in den letzten Jahren gemacht worden, mit den Rechtsparteien zusammen zu regieren. Wer klug ist, braucht das nicht so stark hinauszuschreiben —, erringt aber die Macht, die ändern nicht (Händeklatschen und Heiterkeit bei der Mehrheit).

Dr. Brüning schließt mit folgenden Sätzen: Wenn ich in meinem Kampf immer wieder Hoffnung schöpfen konnte, dann deshalb,

weil ich einem Manne dienen konnte wie dem Reichspräsidenten v. Hindenburg (stürmischer, langanhaltender Beifall bei der Mehrheit).

Wer den Vorzug hat, diesem Manne dienen zu können, wird auch Verständnis dafür haben, daß ich alles daransetze, und mit mir wohl die Mehrheit des deutschen Volkes, daß dieser Mann weiter die Geschicke des Volkes leiten kann.

Vergessen Sie eines nicht: Von der Wiederwahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg hängt es ab, ob die Welt glauben soll, daß im deutschen Volke noch Ehrfurcht und Achtung vor der Geschichte und der geschichtlichen Person besteht (stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Gefängnisstrafen für Favag-Direktoren

TU. Frankfurt a. M., 25. Februar 1932.

Am Donnerstag gegen 16 Uhr wurde im Favag-Prozeß das Urteil verkündet. Es erhielten: Sauerbrey vier Jahre Gefängnis und 2500 Mark Geldstrafe, Mädie drei Jahre Gefängnis und 90 000 Mark Geldstrafe, Dr. Kirschbaum zwei Jahre drei Monate Gefängnis und 19 000 Mark Geldstrafe, Schumacher ein Jahr drei Monate Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe, Lindner ein Jahr Gefängnis und 18 000 Mark Geldstrafe und Fuchs drei Monate Gefängnis und 250 Mark Geldstrafe. Die gegen Fuchs und Sauerbrey erkannten Geldstrafen sind durch die Untersuchungshaft verbüßt. Ferner wurden bei Dr. Kirschbaum sieben Monate acht Tage, bei Fuchs 19 Tage und bei Sauerbrey acht Monate elf Tage Untersuchungshaft anzurechnen.

Sauerbrey wurde nach der Urteilsverkündung sofort in Haft genommen. Auch gegen den Anzeiganten Mädie wurde Haftbefehl erlassen.

Aus der Reichstagsrede des Genossen Dr. Siemsen geben wir hier die wesentlichsten Stellen wieder:

Aus der freiesten Republik der Welt, die die Sozialdemokratie einmal für „unseren Staat“, den Staat der Arbeiterklasse, gehalten hat, ist allmählich etwas recht Eigenartiges geworden.

Der Staatsapparat ist verselbständigt und die Reichswehr spielt heute in der deutschen Republik die größte Rolle. Herr Arnold Rechberg hat ja schon vor ein paar Jahren gesagt, daß niemals in der deutschen Monarchie das Militär so mächtig gewesen sei, wie heute in der deutschen Republik. (Sehr richtig! bei der SAP.)

Militarismus

Die politisierenden Generale, deren hervorragendster Typ ja Herr von Schleicher ist, haben heute ihr Ziel erreicht. Sie sind der ausschlaggebende Machtfaktor in der Republik geworden. Das dokumentierte sich schon darin, daß der Wehrminister gleichzeitig Innenminister geworden ist. Wir können heute feststellen, daß die Generale vom Reichswehrministerium aus maßgebenden Einfluß sowohl auf die Außenpolitik wie Innenpolitik ausüben.

Herr Dr. Brüning hat sich allerdings eben dagegen verwahrt, daß er irgendwie eine Außenpolitik treiben würde, die nach den Wünschen der nationalen Opposition eine Prestigepolitik sei. Aber die sogenannte aktive Außenpolitik, die wir in letzter Zeit erlebt haben, trägt doch zweifellos sehr weitgehend den Wünschen der Generale wie der nationalen Opposition Rechnung, und ihre Resultate haben wir ja zur Genüge kennen gelernt. Wenn heute von der Gleichheit der Rüstungen die Rede ist, so meinen die Generale der Reichswehr damit zweifellos die Gleichheit der Aufrüstung. Es gibt ja einen Etat, der, wenn überall gesparrt wird, sakrosankt, unantastbar ist, das ist der Reichswehr-etat. Auch die Sozialdemokratie, die früher Kritik an diesem Etat geübt hat, wagt seit langem nicht mehr ein Wortlein der Kritik daran zu üben, um die Reichswehr nicht zu vergreifen. Bei der Panzerkreuzerfrage ist von Herrn Groener seinerzeit gesagt worden: Die Reichswehr ist absolut zuverlässig, natürlich muß man ihr aber das geben, was sie fordert, sonst kann man nicht dafür garantieren. Deutlicher kann man sich wohl nicht aussprechen.

Schwarze Reichswehr

Ich gehe noch auf etwas anderes ein, was man ja nur hier sagen darf; denn wenn man es draußen sagt kommt ein Landesverratsverfahren. (Major Mareks, der Presseoffizier des Reichswehrministeriums, beginnt, sich Notizen zu machen.)

Die schwarze Reichswehr hat nach den Aussagen des damaligen Herrn Reichswehrministers Geller niemals existiert, und wahrscheinlich wird das Reichswehrministerium auch heute sagen, daß nichts Ähnliches existiere. Tatsache aber ist, daß das, was der kommunistische Landtagsabgeordnete Kaspar ausgeführt hat, auch durch unsere sehr genauen und eingehenden Informationen bestätigt wird, daß nämlich auf den Truppenübungsplätzen heute eine zweite Armee ausgebildet wird, wahrscheinlich so nach dem Vorbild des Krümpersystems von Scharnhorst nach 1806/07, eine weitere Armee, für die Stahlhelmer und Reichsbannerleute teilweise gemeinsam auch in Handgranatenwerfen und am Maschinengewehr ausgebildet werden.

Und ein anderes. Es ist auf das Reichswehrministerium zurückzuführen, wenn heute in Deutschland das Wort Pazifist in weiten Kreisen zum Schimpfwort geworden ist. Herr Groener besitzt die Vornehmheit, die Pazifisten persönlich in gehässiger Weise herunterzureißen, sie persönlich zu beleidigen und zu beschimpfen. Im Verfolg dieser Maßnahmen des Reichswehrministeriums gegen den Pazifismus ist dann festzustellen, daß sehr eigenartige Polizeimaßnahmen und Verbote ergriffen werden, wie das Verbot des „Anderen Deutschland“, wie das Vorgehen gegen meinen Parteifreund Hein Herbers, wo augenscheinlich auf den Druck des Reichswehrministeriums der sozialdemokratische Volksbildungsminister Grimme in Preußen das Disziplinarverfahren gegen den Studienassessor Herbers eingeleitet hat.

Die „Linken“ machen mit . . .

Dieser Militarismus ist heute so stark wie wohl niemals vorher in Deutschland. Er ist so stark

mit Duldung der Sozialdemokratischen Partei.

Dazu möchte ich etwas Weiteres sagen: Wir haben hier vorgestern erlebt, daß der Angriff des Herrn Goebbels gegen die Sozialdemokratie als die Partei der Deserteure einen Entrüstungssturm hervorgerufen hat, wie wir ihn wohl selten bei der Sozialdemokratie erlebt. Der Redner der Sozialdemokratie, der Kollege Schumacher, hat dann gesagt: Wir haben wäh-

rend des Krieges mit Gut und Blut der nationalen Sache gedient. Er hat das gesagt unter dem Beifall auch unserer früheren linken Freunde von der Sozialdemokratischen Partei (Zuruf des Abg. Dr. Löwenstein: Das steht ja alles in der „SAZ“) —, auch unter dem Beifall meines früheren Freundes Löwenstein. Das ist bezeichnend. In der Sozialdemokratischen Partei scheint die nationale Einheitsfront innerhalb der Partei völlig hergestellt zu sein. Man merkt jedenfalls nichts mehr von einer Opposition, die die alten Auffassungen der Opposition in der SPD noch weiter vertritt. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Ihr habt ja alles mitgemacht!)

Bitte, wir haben damals nicht mitgemacht. Und hier führt der Weg der Sozialdemokratie klar und konsequent von der Kriegspolitik, von der Bewilligung der Kriegskredite über das Wehrprogramm zum Panzerkreuzerbau, zur Bewilligung des Heeresetats und endlich zur nationalen Einheitsfront.

Hierzu gehört, daß für Angehörige der Sozialdemokratischen Partei die Zugehörigkeit zur Friedensgesellschaft verboten ist. Dagegen ist bei den Sozialdemokraten die Mitgliedschaft bei Kriegervereinen und noch mehr: bei dem Verein für das Deutschtum im Ausland, ehemals alldutschen Verein, erlaubt.

Aus dieser ganzen Einstellung ist es zu verstehen, daß die Sozialdemokratie heute keinen Vorwurf schmerzvoller empfindet als den, national nicht ebenso zuverlässig zu sein wie die Rechtsparteien. (Sehr richtig! bei der SAP.)

Schleicher ist der Staat

Aber all das ist ein vergebliches Liebeswerben um die Gunst des Reichswehrministeriums. Und Herr Groener hat auf dieses Liebeswerben geradezu mit einer hämischen Provokation geantwortet: er hat das Reichsbanner angegriffen und die Nationalsozialisten in Schutz genommen. Doch damit nicht genug: er gab den Nationalsozialisten den Weg zur Reichswehr frei.

Herr Sollmann hat am 8. November in einem Artikel nachzuweisen versucht, daß Groener eine zuverlässige Stütze der Republik sei. Herrn Sollmann passierte das Mißgeschick, daß Herr Groener schon am nächsten Tage gegen die Rede protestierte, die der Reichsbannerführer Höltermann im Rundfunk gehalten hatte. Höltermann sprach dabei von der Republik. Herr Groener erblickte darin offenbar einen Mißbrauch des Rundfunks.

Inzwischen hat einer der besten Freunde der Reichswehr innerhalb der Sozialdemokratischen Partei, Herr Schöpflin, sich veranlaßt gesehen, einen Artikel gegen Groener zu schreiben. Herr von Schleicher weiß genau, daß der Artikel des Herrn Schöpflin nicht so schlimm gemeint war. Er wird hierzu dieselbe Haltung eingenommen haben wie etwa die „Berliner Börsen-Zeitung“ vom 12. Februar gegenüber den Protesten von sozialdemokratischer Seite. Dieses Blatt hatte nämlich damals geschrieben, das alles sei nur der übliche Theaterdonner; die Sozialdemokraten würden sich hüten, ihren diversen Drohungen auch nur die geringste Tat folgen zu lassen.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, Herr Dr. Breitscheid, hat auf Herrn Groener sehr stark einzuwirken versucht, stark allerdings nicht in dem Sinn, daß er energisch auftrat und auftrumpfte, sondern durch einen beweglichen Appell an das Gefühl Herrn Groeners. Er erinnerte ihn an die persönlichen Beleidigungen, die ihm die Nationalsozialisten zugefügt hätten und fragte dann, wie man solchen Menschen Entgegenkommen zeigen könne, nachdem selbst das Reichsgericht in seinem letzten Urteil davon abgerückt sei.

„Vom großen Tag der Rache“

Und er hat endlich gesagt, wenn Sie, Herr Minister Groener und Sie Herr General von Schleicher, nicht so empfindlich sind — der Staat ist zu empfindlich, der Staat kann das nicht leicht nehmen, was die Nationalsozialisten tun! Dabei liegt wohl die Auffassung zu Grunde, daß dieser Staat, über den ich eingangs meiner Rede ja ein wenig gesagt habe, immer noch „unser Staat“ sei, während die Reichswehrgeneräle sagen werden: dieser Staat, das sind wir. Deshalb werden auch solche Appelle, daß der Staat gefährdet sei, an dem Standpunkt der Reichswehr abprallen.

Dieser heutige Staat ist ein Staat mit halbfaschistischen Methoden, ein Staat, der gegen die Arbeiterklasse regiert, in dem die Arbeiterklasse nichts zu sagen hat, und den heutigen Staat, die heutige Republik so, wie sie geworden ist, verteidigen, um den Faschismus abzuwehren, scheint uns ein schwerer Irrtum zu sein. (Sehr wahr! bei der SAP.) Es war auch bezeichnend, daß Breitscheid, der doch sonst einigermassen pazifistisch ist, nicht etwa schloß mit einem Hinweis auf Marx oder

Engels oder einen anderen Sozialistenführer, sondern mit dem Zitat eines ausgesprochenen und extremen nationalen Dichters, des Dichters Ernst Moritz Arndt: Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte. (Hört, hört! bei der SAP.) Ich bedauere, daß Breitscheid nicht noch etwas weiter zitiert hat, denn es heißt da weiter: „Drum gab er Säbel, Schwert und Spieß dem Mann in seine Rechte.“ — Es wäre sicher verlockend, Herrn Breitscheid, bewaffnet mit Säbel, Schwert und Spieß, einmal zu sehen. Aber wichtiger ist die Frage, wozu Breitscheid und seine Freunde Säbel, Schwert und Spieß gebrauchen wollten, wenn sie sie haben. In diesem Gedicht von Ernst Moritz Arndt ist dann später die Rede vom Henkerblut, Franzosenblut, vom großen Tag der Rache.“ (Hört, hört! bei der SAP.) Er hat der Sozialdemokratie Breitscheid meint, die Waffen seien dazu zu gebrauchen. Aber immerhin, es ist gefährlich, aus der nationalen Einstellung heraus solche nationalen Gedichte zu zitieren; das zeigt sich, wenn man ein solches Gedicht weiterliest und weiterzitiert.

Nun, der Appell von Breitscheid an Herrn Groener ist ergebnislos geblieben. Das Wesentliche an der Erklärung des Reichswehrministers war, daß er von seinem Erlaß nichts, aber auch garnichts zurücknahm. (Sehr richtig! bei der SAP.) Er hat der Sozialdemokratie keinerlei Konzessionen gemacht, es bleibt bei seinem Erlaß. Begründet hat er das nur damit, daß Hitler eben doch versprochen habe, die Nationalsozialisten würden keine Zersetzungsbauarbeit in der Reichswehr treiben. Das werden sie wohl kaum noch nötig haben, abgesehen davon, daß hier ein Versprechen Hitlers ohne weiteres als unbedingt gültig und zuverlässig hingenommen wird. (Sehr wahr! bei der SAP.)

Wenn Herr Hitler erklärt, die Nationalsozialisten seien durchaus legal, — warum ist er dann nicht gegen den Verfasser des Boxheimer Dokuments eingeschritten? (Sehr richtig! bei der SAP.)

Ist das auch legal, was der wollte? Die Sozialdemokratie, die in der gestrigen Abendnummer des „Vorwärts“ die Nationalsozialisten als Dymitarden bezeichnet hat, muß sich also jetzt damit abfinden, daß diese Dymitarden legal ihren Einzug in die Reichswehr halten.

Herr Groener hat nun gegenüber den Angriffen des Reichsbanners auf den Reichswehrelaß erklärt, er habe an Herrn Höltermann geschrieben, daß, wenn Herr Höltermann sich mit seiner Auffassung beim Reichsbanner durchsetze, diese Gegensätze dann ja nicht mehr zu bestehen brauchten.

Bei den Nationalsozialisten werden keine Bedingungen gestellt, (sehr richtig! bei der SAP), beim Reichsbanner aber werden Bedingungen gestellt:

wenn ihr das tut, dann kann man vielleicht mit euch noch reden!

Sehr interessant war es, wenn Herr Groener sagte: wir werden uns ja finden — nämlich er und Höltermann, Reichswehr und Reichsbanner — bei der körperlichen und geistigen Ertüchtigung und Erziehung der Jugend.

Zuruf bei der SAP:

Und beim Krieg gegen Polen!

Was er darunter versteht, hat er früher schon einmal gesagt, nämlich Erziehung zur Wehrhaftigkeit und — wie er es früher einmal gesagt hat,

Erziehung nach dem Muster des faschistischen Italien.

Er ist überzeugt, daß das Reichsbanner das ohne weiteres machen wird. Nun schreibt der „Vorwärts“ heute einen Artikel unter der Überschrift: „Groeners Illusionen“. Ich weiß nicht, wessen Illusionen größer sind, ob die Groeners oder die des „Vorwärts“. (Sehr richtig! bei der SAP.) Ich glaube, Herr Groener hat gar keine Illusionen, sondern die Dinge liegen so, daß Reichswehr und Nationalsozialisten sich in ihrer Grundeinstellung gleich oder außerordentlich verwandt sind, daß es sich bei ihnen

nur um einen Machtkampf zwischen Rivalen auf dem gleichen Boden handelt. Das aber wird von der Sozialdemokratie völlig verkannt.

Das, was Herr Brüning hier ausgeführt hat, bestätigt nur das, was ich bis jetzt gesagt habe. Trotz aller Schärfe gegen die Nationalsozialisten spricht er sein Bedauern darüber aus, scharf sein zu müssen. (Zustimmung bei der SAP.) Er hat ja gesagt: wir ergreifen doch wirklich keine scharfen Maßnahmen gegen euch, und wir sind bereit, euch heranzulassen; ich hätte gern die Bahn nach rechts frei gemacht und wäre selbst zurückgetreten, wenn ihr nur gewollt hättet.

Stolz auf konterrevolutionäre Taten

gegenüber Goebbels hat er erklärt: mit dem 9. November habe ich nichts zu (Fortsetzung siehe 3. Seite Hauptblatt)

(Fortsetzung von der 2. Seite Hauptblatt)

Genosse Siemens spricht:

tun; ich gehörte zu den Truppenteilen, die die Revolution niederschlagen wollten.

(Hört! Hört! bei der SAP.)

Das ist auch heute noch sein Bekenntnis.

Sonst würde er das nicht mit Stolz und Emphase hier ausgesprochen haben.

(Sehr wahr! bei der SAP.)

Herr Brüning ist durch und durch konservativer Staatsmann, der alle konservativen, alle reaktionären Elemente zusammenfassen möchte und der lebhaft bedauert, daß ihm das bisher bei den Nazis nicht gelungen ist. Aber man kann vielleicht von Herrn Groener so wohl wie von Herrn Brüning doch sagen, daß der Zug des Herzens noch des Schicksals Stimme sein wird.

Noch einige Worte zur Präsidentenwahl. Die Sozialdemokratie geht wie Heilmann während des Krieges zu Hindenburg, (sehr gut! bei der SAP.) zu dem Hindenburg, der 1919 folgendes geschrieben hat:

„Es wird aus dem ewig bewegten Meere völkischen Lebens ein Felsen wieder auftauchen, an den sich einst die Hoffnung unserer Väter geklammert hat und auf den vor fast einem halben Jahrhundert durch unsere Kraft des Vaterlandes Zukunft begründet wurde: das Deutsche Kaiserreich.“

(Lebhafte Rufe bei der SAP: Hört! Hört!)

Hindenburg-Erinnerungen

Die Sozialdemokraten gehen zu dem Hindenburg, über den ein sozialdemokratisches Flugblatt, das im Jahre 1925 in Mittelschlesien verbreitet wurde, folgendes schrieb — ich glaube, es ist nicht eine Beleidigung des Herrn Reichspräsidenten, wenn ich das hier vorlese —:

„Hindenburg soll Platzhalter Wilhelm II. werden, so wollen es die politischen Schieber aus der Deutschnationalen Partei. Der Republik soll das Genick gebrochen werden, und damit will man alle Freiheit und Staatsbürgerrechte erdrosseln.“

Weit hieß es in diesem Flugblatt:

„Einen von Politik nichts verstehenden General zum leitenden Staatsmann des deutschen Volkes vorzuschlagen, ist eine Wahnsinnstat.“ (Hört! hört! bei der SAP.)

An einer anderen Stelle wurde gesagt:

„Dieser ahnungslose Greis läßt sich jetzt vom deutschnationalen Klüngel mißbrauchen, von dem Monarchisten- und Kapitalistenblock, der durch Hindenburgs Namen seiner Niederlage entgehen will. Dieser Anschlag auf den gesunden Menschenverstand muß den dunklen Hintermännern mißlingen. Deutschland ist kein Tollhaus.“ (Hört! hört! bei der SAP.)

„Hindenburg Reichspräsident „mit Genehmigung seines kaiserlichen Herrn“, das wäre ein Schildbürgerstreich, über den die Hühner lachen würden.“ (Hört! hört! bei der SAP.)

Das möge genügen, um den Wechsel der Stellung der Sozialdemokratischen Partei klarzulegen.

Wahl Hindenburgs, Tolerierung Brünings und der Notverordnungen, positive Einstellung zur Reichwehr und Vertrauen zu Groener. Arzt des Kapitalismus, das alles ist die Fortsetzung der großen Tradition der Sozialdemokratischen Partei aus dem Weltkrieg. „Mit Gut und Blut“, „mit Herz und Hand“ usw.!

Die Eisenerne Front ist nach unserer Überzeugung keine Abkehr von dieser Politik (sehr richtig! bei der SAP), sondern sie ist nur ein neues Firmenschild für

eine Firma, die mit ihrer Politik allmählig ans Ende gelangt.

(Sehr wahr! bei der SAP. — Zuruf von den Komm.: Wie die SAP!) Die SAP hat erst angefangen, und sie wird sich noch entwickeln. (Erneute Zurufe von den Komm.) Euch ist das ziemlich unangenehm. (Wiederholte Zurufe von den Komm.)

Auseinandersetzung mit der KPD

Die Kommunistische Partei ist nicht die Partei, die im Gegensatz zu der Sozialdemokratie heute der Klassenaufgabe, die eine politische Partei der Arbeiterschaft hat, gerecht würde. (Zuruf von den Komm.: Ihr vielleicht?) — Ja, das wollen wir. (Lachen bei den Komm.) Die Kommunistische Partei hemmt aus Parteiegoismus, aus Egoismus ihres Parteiparates, ihrer Bürokratie heraus die Einheitsfront der Arbeiterklasse, die sie angeblich herbeiführen will, die sie aber nur herbeiführen will unter ihrer Diktatur. (Zustimmung bei der SAP. — Widerspruch bei den Komm.) Ferner gibt die Kommunistische Partei eine manchmal sehr primitive Analyse der tatsächlichen Verhältnisse. (Lachen und Zuruf bei den Komm.: Wenn wir einige Philosophen aus Jena hätten, wäre es vielleicht besser!) — Es wäre vielleicht besser, wenn ihr mehr gute Marxisten hättet. (Zuruf von den Komm.: Das wollen wir dahingestellt sein lassen!) Bei aller Kritik, die ich an der SPD geübt habe, muß ich doch erklären: es ist sehr primitiv und falsch zu sagen: es ist kein Unterschied zwischen den Hitlerleuten und den Sozialdemokraten, die Sozialdemokraten seien Sozialfaschisten. Das sind zwar ein-

Bierstreik in Berlin

Die Forderungen der Gastwirte

Berlin, 25. Februar 1932.

Am Mittwochabend beschloß die Konferenz der Vorstände und Vertrauensleute der großen Gastwirtsverbände Berlins, den Bierstreik ab Donnerstag, 3 Uhr morgens, aufzunehmen.

Diesem Streikbeschuß ging eine sehr stürmische Auseinandersetzung unter den Konferenzteilnehmern voraus. Der Vorsitzende der Lokalkommission Litfin hatte zunächst über die mit den Regierungsstellen geführten Verhandlungen berichtet und mitgeteilt, daß

die Reichsregierung ab 20. März eine Ermäßigung der Reichsbiersteuer um 7 Mark je Hektoliter zugesichert habe.

Er legte dann eine Entschliebung vor, in der die Lokalkommission beantragte, von der Verkündung des Streikes vorläufig abzusehen und das Eintreten der versprochenen Erleichterungen abzuwarten. Dieser Vorschlag der Lokalkommission fand energischen Widerspruch bei den Vertrauensleuten der einzelnen Gastwirtsverbände, die sich fast sämtlich gegen die Annahme dieser Entschliebung aussprachen.

Daraufhin stimmte die Versammlung mit großer Mehrheit dem obigen Streikbeschuß zu.

Als Streikziele wurden genannt:

Ermäßigung der Reichsbiersteuer auf 5 Mark je Hektoliter,

Herabsetzung der Gemeindebiersteuer auf die Hälfte des gegenwärtigen Satzes,

Beseitigung der Schankverzehrststeuer und Ermäßigung der Lustbarkeitssteuer.

Der Vorsitzende der Lokalkommission erklärte jetzt, daß auf Grund dieses Beschlusses der Streik aufgenommen würde, und veranlaßte Maßnahmen zur Durchführung und Kontrolle des Streikes. Ueber den Verkauf von Flaschenbier wurde kein Beschluß gefaßt.

Besprechungen

mit Grzesinski

Berlin, 25. Februar 1932.

Die Vertreter der Lokalkommission der Gastwirtsvereinigungen wurden heute vormittag vom Berliner Polizeipräsidenten in Gegenwart der zuständigen Dezernenten empfangen, und zwar handelte es sich in der Hauptsache um eine informativische Besprechung über die durch den Bierstreik ge-

fachte, aber törichte und sehr falsche Parolen, die Ihr herausgibt, die nichts zu tun haben mit der großen Politik und Taktik eines Lenin, der ganz anders gehandelt hat als Ihr. Ihr seid von seiner Politik weit entfernt. (Zurufe von den Komm.) Wir haben Lenin immer sehr hoch eingeschätzt, wir glauben nur, daß Ihr sehr weit von ihm abgewichen seid, nicht zu Eurem Vorteil und auch nicht zum Vorteil der deutschen Arbeiterklasse.

Das, was wir Euch vorwerfen, habt Ihr auch wieder bei Eurer Stellung zur Präsidentenwahl bewiesen, indem Ihr ohne weiteres Euren Parteikandidaten präsentiert, statt zu versuchen, breiteste Schichten der Arbeiterklasse auf einen Kandidaten zu einigen. Täuscht Euch nicht: Eure Methoden finden vielfach nicht einmal den Beifall Eurer eigenen Parteigenossen (Sehr richtig! bei der SAP; Zurufe von den Komm.), geschweige denn den vieler revolutionärer Arbeiter, die bei Euch nicht sind, weil sie Eure Methode mißbilligen. (Erneute Zurufe bei den Komm.) Es wird schon ein bißchen anders werden, nu Geduld! Ihr helft uns ja dabei.

Für Thälmann —

Gegen Brüning

Wenn wir uns entschieden gegen die falsche schädliche Methode der Kommunistischen Partei abgrenzen, so sagen wir hier als klassenkämpferische revolutionäre Partei des Reichstags: (Lachen bei den Komm.) wenn gegen Hindenburg und Hitler Thälmann als der einzige Arbeitervertreter aufgestellt wird, dann ist es für uns klar, daß wir trotz der Kritik an der Art des Vorgehens der Kommunisten Thälmann unsere Stimme geben werden, so wie mein Freund Rosenfeld es früher schon gesagt hat: lieber tausendmal mit den Kommunisten, als einmal mit Groener! (Sehr richtig! bei der SAP. — Zurufe.) Weiter werden wir auch für die eingebrachten Mißtrauensanträge stimmen, sowohl für den gegen die Brüningregierung, wie für den gegen den Reichswehrminister. Das ist für uns eine Selbstverständlichkeit, weil wir meinen, daß man den Faschismus nur bekämpfen kann, wenn man das heutige System, das Wegbereiter des Faschismus ist, und gleichzeitig den Kapitalismus bekämpft.

Deshalb werden wir im Sinne unserer

geschaffene Lage. Der Polizeipräsident legte Wert darauf, von den Gastwirtsvertretern zu hören, daß alles getan werde, um dem Kampf einen ruhigen Verlauf zu sichern und jede Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung nach Kräften zu vermeiden. Diese Zusicherungen wurden von den Gastwirten gegeben. Von ihrer Seite wurde im übrigen erwähnt, daß noch weitere Verhandlungen mit dem Preiskommissar geplant seien. Wie wir hierzu aus dem Reichskommissariat für Preisüberwachung erfahren, ist dort von neuen Besprechungen mit den Gastwirten bisher nichts bekannt, umso mehr, als nach der Auffassung des Preiskommissars der Kampf der Gastwirte sich ja gar nicht mehr allein um die verordnete Preissenkung drehe. — Im Straßenbild der Reichshauptstadt trat der Streik heute noch gar nicht in Erscheinung, weil die vorbereiteten Streikplakate noch nicht ausgebracht sind. Die Brauereien berichten, daß sie Faßbier heute nur zu einem Teil absetzen konnten, daß aber starke Nachfrage nach Flaschenbier bestehe.

Der Umfang der Bewegung

TU. Berlin, 25. Februar 1932.

Mit Eintritt der Polizeistunde am Donnerstag morgen 3 Uhr hat in Berlin der Bierstreik begonnen, dem sich neben rund 12 000 Schankstätten auch zahlreiche Großbetriebe angeschlossen haben. So sind die Bahnhöfswirtschaften, denen die Reichsbahn ihr Verhalten anheimgestellt hatte, und die Aschinger-A.-G. dem Streik gleichfalls beigetreten. Eine Schließung der Gaststätten ist keinesfalls beabsichtigt. Den Kunden wird lediglich kein Bier ausgeschenkt, statt dessen werden Schoppenweine, Selterwasser, Kraftbrühe und Kaffee angeboten. Der Streik wird sich allerdings erst am Sonnabend voll auswirken, nachdem die Gastwirtschaften ihre Biervorräte ausgeschenkt haben werden. Die Gastwirte sind entschlossen, durchzuhalten. Der Schaden, der dem Reich an Steuerausfällen entsteht, wird von den Gastwirtsverbänden auf rund zwei Millionen Mark monatlich veranschlagt.

Die Brauereien, die schon durch ein Telegramm an den Reichskanzler zum Ausdruck gebracht hatten, für wie gefährlich sie einen Bierstreik halten würden, haben sich bisher

zum Bierstreik noch nicht geäußert. Sie haben, wie alltäglich, Bier ausfahren lassen. Erst gegen Mittag, wenn sich der Absatz übersehen läßt, ist die endgültige Stellungnahme der Brauereien zu erwarten.

Auch die Kaffeehäuser beteiligen sich

TU. Berlin, 25. Februar 1932.

Noch in den späten Abendstunden des Mittwoch faßten die Kaffeehausbesitzerverbände den Beschluß, sich dem Streik anzuschließen. Den Betrieben ist nur gestattet, das noch vorhandene Bier auszuschicken; Flaschenbier darf nicht verahfolgt werden. Die Vertreter der Kaffeehausbesitzer wurden am Donnerstag vormittag beim Polizeipräsidenten vorstellig und werden im Anschluß daran in einer Sitzung weitere Beschlüsse fassen.

Der Flaschenbier verkaufende Einzelhandel hat noch keine Stellung zum Streik genommen. Er hält, wie auch die Brauereien, den Streik für ein zweifelhaftes Unternehmen.

Branntweinsteuer wird gesenkt

TU. Berlin, 24. Februar 1932.

Der Gewerbeausschuß beim Branntweinmonopol teilt mit:

Der Gewerbeausschuß beim Branntweinmonopol hielt am Mittwoch eine außerordentliche Sitzung ab, zu der der Präsident der Monopolverwaltung sowie das Finanzministerium besonders eingeladen worden waren. In dieser Sitzung wurde durch die Vertreter des Gewerbes mit großem Nachdruck auf den ständigen Rückgang der fiskalischen Erträge aus dem Branntweinmonopol und auf die allein schon hieraus sich ergebende Notwendigkeit einer erheblichen Spritpreissenkung hingewiesen.

Der Vertreter des Finanzministeriums anerkannte rückhaltlos die sich aus dem ständigen Rückgang des Branntweinverbrauches ergebende schwere Schädigung der Reichsfinanzen. Er sei ermächtigt, die Erklärung abzugeben, daß gleichzeitig mit der Senkung der Biersteuer eine den fiskalischen Interessen gerechtwerdende Senkung des Spritpreises erfolgen würde.

grundsätzlichen Auffassungen diesen Mißtrauensanträgen zustimmen, im Sinne unseres Zieles, die einzig notwendige, die einzig wirklich eiserne Front zu schmieden, die Front des Proletariats, die Front der revolutionären Arbeiterklasse. Wir glauben, daß wir trotz der Fehler der Kommunisten draußen im Lande bei dem, was wir den Arbeitern sagen, eine sehr starke Resonanz finden und daß die Kommunisten sich mehr und mehr dem Willen der Arbeiter anpassen müssen, die diese Front trotz Bürokratie und trotz Partei-

egoismus schmieden werden, die Front, die sich wendet gegen den Faschismus und gegen den Militarismus und gegen den Kapitalismus, die sich wendet nicht nur gegen Hitler, sondern auch gegen Groener und gegen Brüning, die Front, deren Ziel, das einzig heute notwendige Ziel ist, das einzige Ziel, das die Masse der immer mehr im Elend versinkenden Arbeiter aus dem Elend befreien kann, die Front, die den Sturz des Kapitalismus erkämpfen wird und die den Aufbau des Sozialismus dann vornehmen wird. (Bravo!)

Die entsetzte Internationale

Der „Populaire“ über die Hindenburgpartei

Ueber die Reichspräsidentenwahl in Deutschland zu informieren, gehört zu den unangenehmsten Aufgaben der Sektionen der Zweiten Internationale. Aber sie ist nicht zu umgehen, und so macht sich denn unter ähnlichen Seufzern wie die „Wiener Arbeiterzeitung“ der französische „Populaire“ an die schwierige Arbeit. In dem Informationsartikel heißt es unter anderem:

„Der alte Feldmarschall, der charakteristische Repräsentant des alten kaiserlichen Regimes, wird der Bannerträger der Republik gegen den Mann des Faschismus! Das ist wahrlich paradox! Aber diese einfache Tatsache zeigt die ungeheuerliche politische Situation in Deutschland.“

Dies Paradox wird aber noch tragischer, wenn man unterstreicht, daß schon beim ersten Wahlgang kein sozialistischer Kandidat auftritt. Die Sozialdemokratie hat noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt. Aber die Artikel des „Vorwärts“, die Erklärungen so maßgebender Männer wie Breitscheid, Löbe, Scheidemann, Sollmann lassen keinen Zweifel über die Haltung, die die Partei einnehmen wird. Um Hitler zu Fall zu bringen, wird die Sozialdemokratie ihre Wähler auffordern, schon im ersten Gang für den Feldmarschall Hindenburg zu stimmen.“

Der „Populaire“ zitiert dann — und das ist ein Schauspiel für sich — die Begründung der Sozialdemokraten nach dem Motiv des „Kleineren Übels“ mit allen Wenn und Aber, mit allen Einerseits—Andererseits, die zur Umfalktätigkeit als Dauerzustand gehört, um dann fortzufahren:

„Man sieht, die Wahltechnik der Partei ist außerordentlich schwer zu begreifen. Sie bricht mit jeder sozialistischen Tradition. Sie ist einfach furchtbar. Wird das Proletariat, das der Fahne der Sozialdemokratie folgt, diese Haltung verstehen?“

Der „Populaire“ meint dann, die Wortführer der Sozialdemokratischen Partei gäben sich über die Konsequenzen keinen Illusionen hin, worin er sich täuschen mag. Sie wüßten, so meint der „Populaire“, daß ein Teil der Wähler abspalten und für Thälmann stimmen wird. Sie seien sich klar darüber, daß sie „der berechtigten Empfindlichkeit der Arbeiterklasse einen schweren Stoß versetzen“. Aber... was kann man da machen? In dieser Weise bemüht sich der „Populaire“ im Schweiße seines Angesichts, die „Politik der Unpopularität“ seinen Lesern plausibel zu machen. Vorsichtig und zurückhaltend gibt er nur referierend die Auffassung der deutschen Bruderpartei wieder, ohne sich selbst mit dieser Wahnsinnspolitik vom „kleineren Übel“ zu identifizieren oder gar sie gut zu heißen. Nein, er nimmt nicht Stellung in klaren Worten, aber zwischen den Zeilen liest man die Verteilung, merkt man, daß die französischen Sozialisten diesen „Sozialismus“ nicht mehr verstehen, daß sie nur noch in einer falsch verstandenen Solidarität die Partei decken, der jedes internationale Denken und Fühlen abhanden gekommen ist, die nicht nur zufällig geworden ist: zur Partei des Herrn von Hindenburg.

Programm-Entwürfe

I. Vorschlag von Klaus Zweiling und Fritz Sternberg

Wir beginnen heute mit der Veröffentlichung der von einzelnen Genossen vorgelegten Entwürfe für ein Parteiprogramm. Ueber diese Programmentwürfe soll auf dem zu Ostern in Plauen stattfindenden Parteitag diskutiert und aus den vorliegenden Entwürfen soll das Programm der SAP beschlossen werden.

Die Veröffentlichung der Entwürfe konnte nicht viel früher erfolgen, weil die mit der Programmarbeit beschäftigten Genossen alle in starkem Maße von der Organisations- und Agitationsarbeit in Anspruch genommen sind, so daß die ursprünglich vorgesehenen Termine nicht eingehalten werden konnten. Darum ist die Zeit, die bis zum Parteitag für die Diskussion in den Ortsgruppen zur Verfügung steht, zu knapp, und der Parteivorstand ist der Meinung, daß um der gründlichen Klärung willen eine Diskussion über das endgültige Parteiprogramm über den Parteitag hinaus notwendig sein wird; auf dem Parteitag selbst aber muß an Stelle des auf der Reichsgründungskonferenz beschlossenen überholten Aktionsprogrammes eine

alle wichtigen Fragen klar und eindeutig entscheidende Prinzipienklärung beschlossen werden,

die neben einem Aktionsprogramm die Grundsätze, die Richtlinien für Politik und Taktik der SAP bis zur endgültigen Programmgebung festlegt. Dieses Vorgehen, das eine gründliche Programmdiskussion und die Schaffung eines wirksamen Programms gewährleistet, ist nicht ungewöhnlich. Die Bolschewiki in Rußland haben es ebenso gemacht. Zuerst wurde dort auf dem Parteitag eine Prinzipienklärung beschlossen und erst nach seiner langen gründlichen Parteidiskussion wurde dann das endgültige Programm geschaffen.

Die in den Programmentwürfen beteiligten Genossen sollen sofort eine Prinzipienklärung ausarbeiten, die unmittelbar nach den Entwürfen veröffentlicht wird und über die die Parteigenossenschaft vordringlich bis zum Parteitag diskutieren muß. In der Prinzipienklärung sollen die Punkte behandelt werden, in denen die grundsätzliche Stellung der SAP festgelegt werden muß (Demokratie, Diktatur, Räteystem, Aktion der Arbeiterklasse und der Partei, Stellung zur Internationale, zu Sowjetrußland usw.), und bei der sich unbeschadet um die längeren Formulierungen in den Entwürfen, die politischen Gegensätze eindeutig diskutieren, klarstellen und entscheiden lassen.

I. A. des Parteivorstandes
Max Seydewitz



Der Entwurf Sternberg-Zweiling

- I. Die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft
 - 1. Innere Widersprüche des Kapitalismus.
 - 2. Der Frühimperialismus
 - 3. Die Niedergangsepoche
 - 4. Die Niedergangskrise
 - 5. Die Sowjetunion
 - 6. Die Krise des deutschen Kapitalismus
- II. Das System der Macht
 - 1. Staat, Diktatur und Revolution
 - 2. Der kapitalistische Staat
 - 3. Der Rätestaat
 - 4. Der internationale Charakter der proletarischen Revolution
 - 5. Der Krieg
 - 6. Das Versailler Machtsystem
 - 7. Der Faschismus
 - 8. Der deutsche Faschismus
- III. Die Krise der Arbeiterbewegung
 - 1. Der Reformismus
 - 2. Die Internationale
 - 3. Die kommunistische Partei Deutschlands
 - 4. Die Aufgabe der Sozialistischen Arbeiterpartei
- IV. Die Aufgaben der proletarischen Diktatur
- V. Das Aktionsprogramm
 - 1. Die Einheitsfront
 - 2. Tageslosungen
 - 3. Das Kampfprogramm
 - 4. Ueberparteiliche Kartelle
 - 5. Die Arbeit in den Massenorganisationen
 - 6. Uebergangsforderungen



Die Sozialistische Arbeiterpartei erstrebt einen Gesellschaftszustand, in dem das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufgehoben und in die Hände der Allgemeinheit überführt ist; in dem es deshalb keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und keine Klassen mehr gibt, in dem jede politische Unterdrückung aufgehört hat und deshalb der Staat, die organisierte Gewalt in den Händen einer herrschenden Klasse, beseitigt ist. Eine Gesellschaft, in der die Erhaltung des Einzelnen und der Gesamtheit auf der organisierten Gemeinschaftsarbeit beruht und die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.

Die Sozialistische Arbeiterpartei ist eine marxistische Partei. Sie stellt deshalb ihr Ziel nicht auf Grund von vorgefaßten Meinungen und abstrakten Wünschen auf; sie ist sich vielmehr bewußt, daß es das Ergebnis der notwendigen gesellschaftlichen Entwicklung sein wird, deren Vollstrecker die Arbeiterklasse ist. Ihre besondere Aufgabe leitet die Sozialistische Arbeiterpartei deshalb aus der Untersuchung der gesellschaftlichen Zustände und der Entwicklungstendenzen, ihre Kampfmethoden aus den geschichtlichen Erfahrungen des Klassenkampfes ab.

I. Die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft

1. Innere Widersprüche des Kapitalismus

Die kapitalistische Gesellschaft, aufgebaut auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln und der freien Lohnarbeit, wird in ihrem Entwicklungsprozeß bestimmt durch zwei einander widersprechende Tendenzen: die Tendenz zur schrankenlosen Erweiterung der Produktion und die Tendenz zur fortschreitenden Beschränkung der Konsumtion der breiten Volksmasse. Die Entfaltung der Produktivkräfte, die teils langsam und stetig, teils sprunghaft und stürmisch erfolgt, stößt infolgedessen immer von neuem auf die Schranken des Marktes; periodisch offenbart sich der Widerspruch in den die Entwicklung bestimmten Tendenzen in einer allgemeinen Ueberproduktion, der kapitalistischen Krise.

Der kapitalistischen Gesellschaft stehen zur Ueberwindung der Krise zwei Möglichkeiten offen: die sprunghafte Erweiterung des Marktes und die massenhafte Entwertung und Vernichtung von Produktivkräften. Historisch vollzieht sich dieser Prozeß nach beiden Seiten gleichzeitig in der Vernichtung von Betrieben rückständiger Produktionsform durch die in der Krise aufs äußerste verschärfte Konkurrenz und die Aneignung ihres Marktes durch die widerstandsfähigeren Betriebe; durch verstärkte Expansion auf dem Weltmarkt; durch die gewaltsame Erschließung in sich abgeschlossener, vorkapitalistischer Produktionsgebiete in der ganzen Welt für den Absatz kapitalistischer Waren; durch den imperialistischen Krieg, der gleichzeitig der gewaltsamsten Expansion des nationalen Marktes dient und die gigantischste Vernichtung von Produktivkräften vollzieht. Da die verschärfte Konkurrenz und die Entwertung der Produktionsmittel in der Krise sich ausdrückt in einem allgemeinen Preissturz, so überwindet der Krisenprozeß zugleich in bestimmten Grenzen die der Konsumtion der Massen gezogenen Schranken und schafft von allen Seiten die Voraussetzungen für eine neue Entfaltung des immanenten Widerspruchs der kapitalistischen Gesellschaft in verschärfter Form. Jede Ueberwindung der Krise im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft führt daher zur Vorbereitung allseitiger und gewaltigerer Krisen, gleichzeitig aber zur Verminderung der Mittel, den Krisen vorzubeugen.

Je höher die Stufenleiter, auf der ein Unternehmen produziert, je größer der Anteil der Gesamtproduktion, den es unter der Leitung eines Kapitals vereinigt, um so wirksamer kann die arbeitssparende Tendenz der Kooperation zur Geltung gebracht werden, um so größer wird die relative Profitmasse, um so kreditwürdiger wird im allgemeinen das Unternehmen; um so mehr Möglichkeiten stehen ihm aber zur Verfügung zur technischen Vervollkommnung und neuen Erweiterungen seiner Produktivkraft. Diese Ueberlegenheit des Großbetriebes über den Kleinbetrieb führt zu einer fortschreitenden Eroberung des Marktes durch den Großbetrieb, zu einer fortschreitenden Verelendung der Kleinproduzenten und Mittelständler und zu ihrer schrittweisen Verdrängung, die in der Krise zu massenhaftem Hinmähren der Kleinproduktion sich steigert. So erzeugt der Kapitalismus eine Tendenz zur Konzentration des Kapitals und damit zur Konzentration der Produktion auf die technisch leistungsfähigsten Betriebe unter Ausschaltung der zurückbleibenden Produktionsformen. Diese Seite der kapitalistischen Entwicklung stellt ihre fortschrittliche Tendenz dar. Sie arbeitet der Vergesellschaftung der Produktionsmittel vor durch die fortschreitende Vergesellschaftung der Produktion; sie erzeugt im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft Elemente der sozialistischen.

Gleichzeitig erzeugt, organisiert und schult der Kapitalismus so die Klasse, deren historische Aufgabe es bei Strafe ihres Unterganges in die Barbarei ist, die im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft erzeugten Elemente der sozialistischen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, den inneren Widerspruch des Kapitalismus aufzuheben in einer höheren Form der Gesellschaft, im Sozialismus — das Proletariat.

2. Der Frühimperialismus.

Durch den Siegeszug der kapitalistischen Produktionsweise über die ganze Welt, durch den imperialistischen Vorstoß wie überhaupt durch die extensive Ausweitung der Märkte wurde zeitweilig in den hochkapitalistischen Zentren der offene Ausbruch der Widersprüche in der Entwicklung von Produktion und Konsum abgemildert. In dieser Epoche der imperialistischen Expansion ergaben sich für die hochkapitalistischen Zentren gesteigerte Profitmassen, die begleitet waren von einer verhältnismäßig günstigen Lage auf den Arbeitsmärkten: die Zahlen der beschäftigten Industriearbeiter nahm in raschem Tempo zu; die Tendenz der Lohnentwicklung ging für längere Zeit nach oben. Diese zeitweilige Abschwächung der Krise galt nur für die hochkapitalistischen Staaten, die die Entladung ihrer schwersten Widersprüche auf die kapitalistische Peripherie übertrugen.

3. Die Niedergangsepoche.

Die rasche Verschärfung der inneren Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft um die Jahrhundertwende hatte den Weltkrieg vorbereitet. Sein Ergebnis war die Vernichtung von Produktionsmitteln in ungeheurerem Maßstabe, die Hinschlachtung von Millionen Arbeitskräften, die Zerstörung der

Einheit der kapitalistischen Weltwirtschaft, die Verlagerung ihres Schwergewichts von Europa nach Amerika, und die Neuverteilung der Welt unter die imperialistischen Sieger. Dadurch wurde ein neues Gleichgewicht der wirtschaftlichen und politischen Kräfte des Weltkapitalismus hergestellt, zugleich aber der Ausgangspunkt für die Entfaltung der alten Widersprüche in neuer, verschärfter Form geschaffen. In derselben Epoche gelang der erste entscheidende Sieg der Arbeiterklasse eines Landes. Mit der Schaffung der Sowjetunion beginnt die Entfaltung eines neuen Widerspruchs im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft zwischen den in der Sowjetunion herrschenden sozialistischen Formen der Produktion und ihren Entfaltungsbedingungen auf der einen Seite und dem in der Welt herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystem und seinen Existenzbedingungen auf der anderen.

Die imperialistischen Expansionsmöglichkeiten verringerten sich immer mehr, die Konkurrenzkämpfe um die Weltmärkte mußten daher erbittertere Formen annehmen; als Folge ergab sich die Periode der Rationalisierung, d. h. des besonders schnellen Tempos in der Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Diese Entwicklung verschärfte die Tendenz zur Bildung der Monopole, die schließlich ganze Industriezweige ganzer Länder, ja, der Welt umspannen.

Die Technik erobert in dieser Epoche die landwirtschaftliche Produktion und verpflichtet sie damit gleichzeitig in das kapitalistische Kreditssystem.

In diesem Niedergang des Kapitalismus ist die Struktur des gesamten Konjunktur- und Krisenzyklus von dem des aufsteigenden Kapitalismus verschieden. Die Tendenzen zur fortschreitenden Verschärfung der Krise setzen sich durch.

Der aufsteigende Kapitalismus ist charakterisiert durch eine außerordentlich starke Steigerung der Produktion, ein langsames Wachsen der Produktivität, eine langsame Ausdehnung des Kolonialbesitzes, eine immer engere Verflechtung der weltwirtschaftlichen Beziehungen, eine rasche Ausdehnung des Weltkaufhandels, ein unerhört schnelles Wachsen der Zahl der beschäftigten Industriearbeiter, ein noch schnelleres Wachstum der Profitmassen, eine Verzögerung, ja zeitweilige Aufhebung des Falls der Profitrate, eine verhältnismäßig günstige Lage der Mittelschichten, eine beträchtliche Erhöhung der Reallohn der Arbeiterschaft in den hochkapitalistischen Zentren.

Im aufsteigenden Kapitalismus war die Konjunktur vorherrschend, die Krise die Ausnahme.

Der Niedergang des Kapitalismus ist charakterisiert durch eine Steigerung der Produktion in der Konjunktur in weit geringerem Tempo als im Vorkriegskapitalismus, im Gegensatz zu einer verstärkten Produktivitätssteigerung durch eine immer größere Abschneidung der imperialistischen Vorstoßmöglichkeiten, einen immer stärkeren Handelskrieg der kapitalistischen Staaten, einen Außenhandel, dessen Steigerung nur sehr langsam vor sich geht und in der Krise bereits unter dem Vorkriegsniveau liegt; durch eine nur sehr langsame Steigerung der Zahl der beschäftigten Industriearbeiter selbst in der Konjunktur; in einigen Ländern, z. B. in den Vereinigten Staaten, sogar durch ihren Rückgang, ein langsames Wachsen der Profitmassen in der Konjunktur, einen immer stärkeren Fall der Profitrate, eine Proletarisierung der Mittelschichten und eine immer stärkere absolute Verelendung der Arbeiterschaft.

Im niedergehenden Kapitalismus überwiegen daher die Krisenperioden.

4. Die Niedergangskrise.

Daraus ergibt sich, daß die Niedergangskrise die schwerste ist, die jemals das kapitalistische System getroffen hat.

a) Die Arbeitslosigkeit erreicht so gigantische Ausmaße wie niemals zuvor. Der Lohnraub an der Arbeiterschaft ist weiter größer als in früheren Krisen. Durch den Lohnraub und die Arbeitslosigkeit ist die gesamte Lohnsumme der Arbeiter und Angestellten weit stärker gefallen als die Preise, so daß im Gegensatz zu früheren Krisen die Konsumkraft immer stärker zurückgeht. Auf der anderen Seite hemmen die Monopole Tempo und Ausmaß des Preisfalls. In den Monopolorganisationen findet schon zu Zeiten der Konjunktur eine systematische Stilllegung von Produktionsmitteln geringerer Rentabilität statt. Damit wird ein Element der Krise schon in die Konjunktur hineingetragen. Eine solche Maßnahme — in einer sozialistischen, planmäßig geregelten Wirtschaft die Voraussetzung zur Vermeidung jeglicher Krise — erzeugt auf dem Boden des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln nicht nur eine Beschleunigung ihres Eintritts, sondern zugleich ein Hinauszögern und eine katastrophale weitere Verengung der Möglichkeiten ihrer Ueberwindung.

Während die durch die Elementargewalt früherer Krisen stillgelegten Produktionsmittel eine starke Wertverminderung bis zur völligen Wertvernichtung erfahren, wird der Wert der vom Monopolkapital planmäßig stillgelegten Produktionsmittel mit dem Anspruch auf volle Rechte buchnäßig aufrechterhalten, obwohl sie selbst an der Wertschöpfung nicht mehr beteiligt sind. Das bedingt eine Tendenz zur Steigerung der Preise, die die Kon-

sumkraft der Massen weiter wesentlich eingeschränkt und damit die Entstehung der Krise beschleunigt. In der Krise selbst bedeutet die künstliche Aufrechterhaltung des Wertes der stillgelegten Betriebe eine Hemmung der die Krise lösenden Wertvernichtung, während die effektive Vernichtung ihrer Produktivkraft bleibt.

Die in der Krise auftretende Tendenz zur weiterer Einschränkung der Produktion schlägt aus den gleichen Gründen um in eine verschärfte Tendenz zur Preissteigerung, die nicht nur die krisenlösende Tendenz zur Preis-senkung wesentlich hemmt, sondern die sogar überkompensieren und zu tatsächlichen Preissteigerungen führen kann.

Die mit der Entwicklung der Monopole verbundene Verschmelzung von Geld- und Produktivkapital macht die Monopolherren zu Herren des Geld- und Kreditmarktes. Dadurch wird zwar die Bedrohung der großen Monopole durch die Kreditkrise vermindert, aber zugleich die Entstehung des relativen Ueberflusses an Geldkapital und der daraus folgende Zinssturz verhindert, der die Einleitung der neuen Konjunktur im Tiefpunkt der früheren Krisen begünstigte.

Den Monopolherren, die so zu unbeschränkten Herren der gesamten Produktionsverhältnisse werden, fällt damit auch der Staat in die Hand, dessen gesamte Machtmittel in der Krise rücksichtslos eingesetzt werden, um die Profitrate des Monopolkapitals zu sichern durch Subventionen, Einfuhrbeschränkungen, Zölle von bisher unbekanntem Ausmaße, durch Senkung der Kapitalsteuern, Erhöhung der Massensteuern und Herabsetzung der Löhne und sozialen Leistungen. Das bedeutet jedoch eine neue Einschränkung des inneren wie des äußeren Marktes und damit ein neues Moment der weiteren Krisenverschärfung.

Die Mittelschichten werden in der Krise immer mehr proletarisiert. Das Monopolkapital läßt ihnen immer mehr nur formale Selbständigkeit; die Existenzsicherung durch Arbeit gilt auch für sie nicht mehr; sie werden in wachsendem Umfange der industriellen Reservearmee eingegliedert.

Die starke Rationalisierung der Landwirtschaft, die völlige Zerrüttung der Weltmärkte und die unbeschränkte Herrschaft des Monopolkapitals über den Geld- und Kreditmarkt ziehen auch die Landwirtschaft. — deren relative Unabhängigkeit von früheren Krisen ein wesentliches Element der Krisendämpfung und -überwindung darstellte, — unentrinnbar mit in diesen Strudel hinein.

Die Hochflut der Zölle und Einfuhrbeschränkungen zerstückt den Weltmarkt von neuem; und die Kreditkrise, durch die Verschmelzung von Geld- und Produktivkapital in ihrer Wirkung auf die Monopolherren national gebannt, kehrt international mit verdoppelter Wucht gegen sie zurück. Ganze nationale Industrien stehen — wie in Oesterreich — mit einem Male am Rande des Bankrotts und werden so reif zur internationalen Beute einiger übermächtiger Monopolherren in den Zentren des Weltkapitalismus.

In neuen Subventionen und inflationistischen Maßnahmen setzt das Monopolkapital den Staat ein in der internationalen Abwehr der Kreditkrise. Damit fördert es den Prozeß der Wertvernichtung, bedroht aber zugleich die Staatsfinanzen mit der völligen Zerrüttung und liefert dadurch die Staatsbeamten ebenfalls den Krisenwirkungen aus. Keine Schicht im Kapitalismus wird so von den Wirkungen der Krise verschont. Die Möglichkeiten der Krisenüberwindung werden katastrophal eingengt.

Die Kreditkrise — der Ausdruck der äußersten Verschärfung der kapitalistischen Krise — die in der Aufstiegsepoche des Kapitalismus die Elemente der neuen Konjunktur freisetzt, ist zu einer die ganze Welt umspannenden Dauererscheinung von bisher ungekannter Intensität geworden, während die Elemente der Krisenlösung teils gelähmt, teils überkompensiert sind. Unter diesen Umständen verschärfte sich in raschem Tempo die Tendenz zur gewaltsamen Entladung der immer unerträglicher werdenden Spannung: zur gewaltsamen Expansion des Marktes mit den Mitteln des imperialistischen Krieges und der damit verbundenen massenhaften Vernichtung von Produktionsmitteln und Menschen; zur weiteren gewaltsamen Senkung der Löhne und sozialen Leistungen, und — verbunden damit — zur Anwendung offener Gewalt gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen. Mehr denn je zuvor geht die Krise schwanger mit Krieg und Revolution.

Leibhaftig und unentrinnbar steht vor der Menschheit die Alternative: Sozialismus oder Untergang in die Barbarei. Nur im Sturz der kapitalistischen Gesellschaft kann der unvermeidlich näher rückende Versuch zur gewaltsamen kapitalistischen Lösung der Weltkrise überwunden werden, der die furchtbarste Vernichtung von Produktionsmitteln und Menschenleben bedeuten und doch nur die Bedingungen einer neuen Verschärfung der inneren Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft, die Voraussetzung noch katastrophalerer Krisen schaffen würde. Der Sturz der bürgerlichen Klassenherrschaft, die Errichtung einer neuen Gesellschaft, die unter dem Schutz der proletarischen Klassendiktatur die anarchische Profitwirtschaft beseitigt und die sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft aufbaut, ist zum einzigen Rettungsweg der Menschheit geworden.

(Fortsetzung folgt!)

Der Fall Bullerjahn

Die Geschichte eines Justizverbrechens / Berichtet von Berthold Jacob

18. Fortsetzung

Muß Liebe käuflich sein?

Der Reichsgerichtsrat urteilt, augenscheinlich nach seinen Erfahrungen, daß auferechliche Liebe käuflich sein muß. Wer nicht weltfremd ist, weiß es besser. Die Aendezung seiner Einkommensverhältnisse, entsprechend denen der Oberbeamten, erbat Bullerjahn nach einer ihm einen Monat vorher gemachten Versprechung der Direktoren Hellwig und Schweitzer. Er erbat sie, um mit Gebauer auf der gleichen Ebene zu stehen.

Das Urteil behandelt dann die festgestellten Tatsachen, daß Bullerjahn als Oberlagervorwarter die genauesten Kenntnisse der von der IMKK besuchten Lager gehabt habe — während sich aus den Akten ergibt, daß noch eine ganze Reihe von Personen ebensogut wie er die Aufbewahrungsorte des Kriegsgeräts kannten — und daß ferner der Leutnant Jost bei der Durchsuhung einen auf Transparentpapier gezeichneten Plan aus der Tasche zog, den ein Arbeiter nicht hätte anfertigen können, wohl aber Bullerjahn, wie sich daraus ergäbe, daß er eine „sauber ausgeführte Handzeichnung“ dem Gericht überreicht habe.

In den weiteren Ausführungen des Urteilspruches werden danach alle jene kleinen Begebenheiten aus dem Vorgang der Kontrollbesuche angeführt, die sich indizmäßig gegen Bullerjahn verwerten ließen. Viel kommt dabei nicht heraus: Es wird dem Angeklagten etwa zum Vorwurf gemacht, daß er aufgeregt war, oder daß er nicht aufgeregt war oder daß er sich während der Anwesenheit der Kontroll-offiziere im Werk nicht habe blicken lassen.

Merkwürdige Psychologen

Einmal heißt es:

„Am 6. Januar 1925 wurde er auf eine Anregung des deutschen Verbindungsoffiziers Dühring vom Direktor Hellwig ausdrücklich herbeigerufen. Man wollte feststellen, wie er sich in Gegenwart der Ententeoffiziere benehmen würde. Der Zeuge Pagenstecher richtete dem Bullerjahn den Auftrag des Direktors Hellwig aus. Der Angeklagte lehnte zunächst ab, zu erscheinen; wollte wissen, was denn Hellwig von ihm wolle, meinte sogar, der Direktor könne doch auch zu ihm kommen. Erst auf wiederholte Aufforderung hin begab er sich zu seinem Dienstvorgesetzten, blaß und aufgeregt und im „Geschwindschritt“, wobei er beim Vorübergehen an den Ententeoffizieren das Gesicht von diesen abwandte. Der französische Leutnant Jost sah beim Vorübergehen des Bullerjahn diesen scharf an und „tuscelte“ hierauf etwas mit dem Belgier.“

Vor dem Eintreffen der Kommission am 6. Januar 1925 wurde von den Werken eine Umräumung vorgenommen. Die Direktion wollte den Angeschuldigten von den Um-

räumungsarbeiten fernhalten. Als er trotzdem das Lager betrat, worin die Direktoren Hellwig und Gebauer sich befanden, veranlaßte Gebauer den Zeugen Pagenstecher, den Angeklagten zu einer Besprechung mit dem Direktor Schweitzer zu bestellen und hiervon diesen entsprechend zu verläutigen. Pagenstecher richtete den Auftrag dem Bullerjahn aus; zu Schweitzer zu kommen, und teilte dies dem Schweitzer telefonisch mit. Im gleichen Augenblick ließ sich aber der Angeklagte ebenfalls mit Schweitzer vernehmen und hörte das Gespräch zwischen Pagenstecher und Schweitzer mit ab. Dabei vernahm er die Mitteilung des Pagenstecher, daß Schweitzer ihn, den Bullerjahn, eine Zeit lang beschäftigen solle, damit er die Vorgänge im Lager bei den Umräumungsarbeiten nicht wahrnehmen könnte. Angeklagter, hierüber entrüstet, erkundigte sich später, wer den fraglichen Auftrag gegeben hätte. Er hatte also Kenntnis von den Um-

räumungsarbeiten und vom neuen Verstecke — dem Schrotthaufen —, und gerade dieses wurde am 7. Januar 1925 von der Kommission durchsucht.“

Diese Darstellung des Urteils ist ganz schief. Ihr Verfasser hat sie bewußt schief gestaltet. Der Vorgang stellt sich unbefangener Betrachtung anders dar:

Bullerjahn wurde herbeigerufen, damit man aus seinem Benehmen Schlüsse für die Vermutung, daß er der Verräter sei, ziehen könne. Durch die Gruppierung der Vorgänge und indem man den zeitlich später liegenden voranstellt, will der Urteilsverfasser schon eine gewisse Wirkung hervorrufen. Deshalb ist wichtig, daran festzuhalten, daß der zweite Vorgang, das Abhören des Telefongesprächs zwischen Schweitzer und Pagenstecher sich früher abspielt.

So allein kann das eigentümlich anmutende Verhalten Bullerjahns erklärt werden. Die

schlechten Psychologen, die ihn prüfen wollten, der völlig schimmerlose Major Dühring und der Direktor Hellwig, dazu der vor Halbkranke Gebauer mußten die selbstverständliche Reaktion des Leutnants Jost auf den in schneller Gangart an der Gruppe der Offiziere vorbeieilenden Mann zu dessen Ungunsten deuten.

Man muß aber einmal versuchen, sich vorzustellen, welche Gedanken dem französischen Offizier, der mit dem Belgier „tuscelte“, wohl beim Vorbeigehen des Fremden Mannes durch den Kopf gegangen sein mögen. Seine Eile und die Aufmerksamkeit, die die Gruppe der deutschen Herren auf ihn wandte, mußten den Leutnant Jost zu der Auffassung bringen, hier solle wieder etwas vertuscht werden, hier geschehe etwas, um die Kontrolle unwirksam zu machen oder wenigstens doch ihre Resultate zu verringern. (Weitere Artikel folgen.)

Das zweite Gesicht von Genf



In Genf ist man peinlich bemüht, die dekorative Friedenskulisse des Kapitalismus aufrechtzuerhalten. Aber die blutige Realität im Fernen Osten läßt sich durch noch so geölzte pazifistische Phrasen der Diplomaten nicht beschwichtigen.

Panzerwagen sind hinter den Sandsackbarikaden der japanischen Marinesoldaten aufgeföhren. Das Viertel um den Nordbahnhof von Schanghai gleicht einer einzigen Festung.

Die Würdigung

Der Witz des französischen Staatsmannes Clemenceau war bestechend und häufig von solcher Drastik, daß die von ihm Getroffenen fürs Leben seine Feinde wurden. Aber Clemenceau konnte nun einmal keinen Witz auslassen. Mit Poincaré zum Beispiel hatte er es verschüttet, weil er sich nicht abgewöhnen konnte, ihn zu necken.

Ebensowenig wie Poincaré aber mochte er den Präsidenten Wilson leiden. Auch dieser war ein Pedant größten Stils. Als bei der Friedenskonferenz im Jahre 1919 der Teil des Friedensvertrages, der die internationale Organisation der Arbeit regelt, im Rohbau vollendet war, erhob sich Wilson am Schluß der Sitzung mit der pathetischen Frage an die Versammelten: „Wie beenden wir nun würdig den großen Tag, der ein der Menschheit so förderliches Werk vollenden sieht?“

Clemenceau brachte Wilson um die Wirkung, in dem er rief: „Ich gehe jetzt pinkeln!“ (Die Erste)

Zwei Schwebebahnen ins Riesengebirge?

Der Bau der vor kurzem angekündigten Fahrstraße auf den Spindlerpaß erscheint gefährdet durch die Ankündigung eines Projekts, demzufolge in absehbarer Zeit mit der Erbauung von je einer Schwebebahn nach dem Koppfenplan und nach der Reifträger-Baude gerechnet werden kann. Nun aber würden sich die Kosten des Schwebebahn-Projekts nicht, wie oberflächlich veranschlagt, auf 3 Millionen, sondern zumindest auf 7 bis 8 Millionen stellen. Dieser Betrag aber dürfte in überschaubarer Zeit wohl keinesfalls zur Verfügung stehen, während die auf 2 Millionen veranschlagten Kosten des Straßenbaues nach dem Spindlerpaß sofort bereitgestellt werden könnten.

Wer war Shakespeare?

In einer unter dem Titel „Neues Zeugnis von Rutland-Shakespeare“ erscheinenden Abhandlung bringt Karl Schneider eine Fülle von Material, mit der er den schon so oft geführten Beweis wiederholt, daß Shakespeares Werke gar nicht von William Shakespeare geschrieben worden seien. Schneider bezeichnet allerdings nicht einen zu gleicher Zeit lebenden Autor gleichen Namens als den Verfasser, sondern er versucht, den Beweis zu führen, daß der Dichter identisch gewesen sei mit Roger Manners, Earl of Rutland.

Imperialistische Pläne gegen die Sowjetunion



Der weißgardistische Emigrantenhäuptling Semjonow führt Verhandlungen mit der japanischen Regierung über die Aufstellung eines weißrussischen Korps in der Mandschurei. Die geplante kriegerische Aktion gegen Rußland nimmt immer deutlichere Umrisse an

„Freies“ Amerika!

Eisenstein darf nicht in die Vereinigten Staaten

New York, 25. Februar 1932

Dem russischen Filmregisseur Eisenstein wurde die Wiedereinreise nach den Vereinigten Staaten verweigert. Er hatte im Auftrag eines Hollywooder Filmhauses in Mexiko Aufnahmen gemacht.

Die Rekordraserei

Dayton Beach (Florida), 25. Februar 1932

Der bekannte englische Automobilrennfahrer Sir Malcolm Campbell erreichte gestern trotz ungünstiger Wetterverhältnisse mit seinem Rennwagen „Blauer Vogel“ ein Stundenmittel von 408,047 km und verbesserte damit seinen eigenen Weltrekord von 396,04 Stundenkilometern, den er vor etwa einem Jahre auf der gleichen Strecke erreichte, um rund 12 km. Sir Malcolm Campbell durchrannte die abgesteckte Rennstrecke auf der Hinfahrt mit einer Geschwindigkeit von 13,46 Sekunden und auf der Rückfahrt mit 14,89 Sekunden pro Kilometer.

Im Streit den Schulkameraden getötet

Szegedin, 25. Februar 1932.

In der Gemeinde Szegvar gerieten zwei aus der Schule heimkehrende Elementarschüler in einen Streit, wobei der ältere — ein elfjähriger Knabe — mit seinem Taschenmesser den Jüngeren am Schenkel verletzte. Das Messer durchschnitt die Schlagader, so daß der Knabe verblutete. Der jugendliche Täter wurde nach Szegedin übergeführt, wo er vor das Jugendgericht gestellt werden wird.

Bluttat eines Wahnsinnigen

Manila, 25. Februar 1932.

Ein Wahnsinniger schoß hier zehn Personen nieder und verletzte zehn andere.

Paris eröffnet ein neues Calmette-Institut

Im Rahmen des Instituts Pasteur wurde in Paris ein neues Tuberkulose-Institut nach dem Calmetteschen Prinzip eröffnet, dessen Errichtung einen Kostenaufwand von mehr als 10 Millionen Francs erforderte. In den von Calmette und seinem Mitarbeiter Guérin gehaltenen Eröffnungsreden wurde betont, daß bei den mehr als 400.000 vorgenommenen Impfungen noch kein einziger Unglücksfall zu verzeichnen gewesen sei.

Auch das deutsche Gericht habe festgestellt, daß die Todesfälle in Lübeck nicht auf die Calmette-Methode, sondern auf Versehen der verantwortlichen Aerzte zurückzuführen seien.

Filmaufnahme mit einer Kartoffelkiste

An der Weidendammer Brücke in Berlin konnte man am Dienstag einen riesigen Menschenauflauf beobachten. Wider alle Gewohnheit hatte jedoch diesmal die Politik nicht die Finger im Spiel, sondern es wurde mitten auf der Straße, im lebhaftesten Verkehr eine Filmaufnahme gedreht. Die Zuschauer wurden allerdings aus der „Handlung“ nicht recht klar — es hatte den Eindruck, als ob jeder der Schauspieler täte, was ihm gerade einfiel. Nach einer Stunde gab es eine Pause — und plötzlich waren Operateure, Regisseure und Schauspieler spurlos in der Menge verschwunden. In einsamer Größe stand nur noch die Aufnahme-Apparatur da, die sich bei näherem Besehen als eine — leere Kartoffelkiste herausstellte. Und die Aufklärung des Geheimnisses: ein paar Studenten hatten eine Stunde lang einige hundert gutgläubige Zuschauer zum Besten gehalten. Sogar die Schupo hatte es sich nicht nehmen lassen, als unfreiwillige Mitspieler den „verkehrsregelnd“ zu unterstützen.

Dem absoluten Null-Punkt nähergekommen

Amsterdam, 25. Februar 1932

Dieser Tage konnte auf dem naturwissenschaftlichen Laboratorium in Leiden die Grenze der bisher erreichten niedrigsten Temperatur um ein beträchtliches herabgedrückt werden. Es gelang nämlich Professor Keesom, eine Temperatur zu erreichen, die nur noch 0,71 Grad über dem absoluten Null-Punkt liegt. Professor Keesom ging auf die Weise vor, daß er die Dämpfe von flüssigem Helium, das sich in einem doppelwandigen Glasbehälter von 5 Kubikzentimetern befand, der wiederum fast ganz von flüssigem Helium umgeben war, mit großer Schnelligkeit wegsaugen ließ. Das dazu benutzte Pumpaggregat besitzt eine Saugkapazität von 675 Liter Helium in der Sekunde. Am 13. Oktober 1921 war es Professor Keesom bereits geglückt, eine Temperatur von 0,82 Grad Kelvin zu erreichen.

Die Strausberger Revolte Haftbefehle aufgehoben

Berlin, 25. Februar 1932

Im Zusammenhang mit den Ausschreitungen im Landeserziehungsheim Strausberg in der Nacht zum 15. Februar waren von der Polizei 10 Züglinge festgenommen und gegen sechs von ihnen vom Amtsgericht Strausberg Haftbefehle erlassen worden. Nach Prüfung der Angelegenheit hat jetzt die Staatsanwaltschaft III im Einverständnis mit dem Landesdirektor der Provinz Brandenburg die Aufhebung sämtlicher Haftbefehle beantragt und das Amtsgericht Strausberg hat gestern diesem Antrag entsprochen, so daß die sechs Züglinge wieder auf freien Fuß gesetzt wurden.

Feuilleton der SAZ

Fürsorgeerziehung in Sowjetrußland

Von Georg Steinfeld

Im Amtszimmer des russischen Volksbildungskommissars grüßt den Pädagogen von der Wand herunter das Bild Johann Heinrich Pestalozzis, des Retters der verwahrlosten Bettelkinder von Nonthof, des Vaters der Waisen von Stanz. Dieses Erlebnis gewann für mich um so tiefere symbolische Bedeutung, je mehr ich erkannte, wie hier die dichterischen Konzeptionen des „armen, verachteten Narren“ hier zu Prinzipien der neuen Staatspädagogik erhoben worden sind, die jeden Menschen zu einem wertvollen Glied der Gesellschaft herzubilden will. Der entscheidende Kampf des Staates gegen die Kinderverwahrlosung, die ihren Ursprung in der auf Schollenpflicht und Solidarität beruhenden Mirverfassung hat, die sich steigerte im Wüten des Weltkrieges und riesenhafte Ausmaße annahm durch Bürgerkrieg und Intervention, durch Blockade und eine in ihrer Grausamkeit kaum vorstellbare Hungersnot, dieser Kampf ist wohl zum erfolgreichsten Angriff des neuen Staates auf der Kulturfront geworden. Worin der Grund dieses Erfolges zu suchen ist, wird an zwei Beispielen deutlich werden, die ich aus der Fülle meiner Beobachtungen herausgreifen will.

Nach ein paar Autostunden in nördlicher Richtung von Moskau kommen wir in Kostino zur Arbeitskommune der GPU. Hier haben jugendliche Schwerverbrecher (Einbrecher, Banknotenfälscher, Raubmörder) im Alter von 18—22 Jahren aus dem Bürgerkrieg zerstörten Gutsgebäuden sich eine Heimstätte geschaffen. Sie liegt völlig frei im Walde, ohne Mauern, ohne Umzäunung, ohne polizeiliche Bewachung. Auf Anregung Derschinskis, des Begründers der Staatlichen politischen Polizei, wurde im Frühjahr 1924 einer Gruppe solcher zu 3—10 Jahren Haft verurteilten Burschen das Gut nebst einem kleinen Barbetrag als Grundstock zu freier Verfügung übergeben. Abgesandt von ihnen luden weitere Schicksalsgenossen aus den Moskauer Haftanstalten und von der Landstraße zur Teilnahme ein, 10 waren ganz aus eigenem Antrieb gekommen, so daß Ende August 1926 die Kommune auf 87 Mitglieder angewachsen war. Bis dahin hatten die Insassen durch eigene Arbeit eine Schmiede, eine mechanische Schlosserei, eine Möbelfabrik für Liegestühle, Hocker und Nachtschränke usw. und eine Schuhmacherwerkstatt geschaffen; zum bevorstehenden internationalen Jugendentag sollte die Einweihung der neu eingerichteten Schuhfabrik erfolgen. Zwei sonnenhelle Blockhäuser mit selbstgefertigten Möbeln sorgten dafür, daß die arbeitsfreie Zeit in behaglichen Räumen verbracht werden kann. Eine Freilichtbühne für Abwechslung bei Feiern und festlichen Anlässen neben der häuslichen Unterhaltung; eine Kooperative mit einem Jahresumsatz von 10 000 Rubeln für die leiblichen Bedürfnisse.

Der Charakter der Kommune ist der einer Berufsschule mit industriellem Einschlag, eingegliedert mit ihren Werkstätten in die staatlich organisierte Sowjetwirtschaft. Trotz der gestellten wirtschaftlichen Aufgabe hat nicht der materielle Erfolg der Arbeit beherrschende Bedeutung, sondern das erzieherische Ziel: aus sozialen Elementen arbeitsfähige und arbeitswillige Sowjetbürger heranzubilden.

Deshalb geht mit der praktischen Unterweisung die theoretische Schulung Hand in Hand. Um den Zöglingen die freie Entfaltung und Entwicklung ihrer Neigungen und Begabungen zu ermöglichen, hat die Anstalt Vereinbarungen mit Techniken, Arbeiterfakultäten und Hochschulen getroffen, und schon 1926 wandern 10 von ihnen zur Rabfak

(Arbeiterfakultät), während der eine der Banknotenfälscher auf einer Hochschule für bildende Kunst vornehmlich ist, der andere zu einem anerkannten lyrischen Dichter sich entwickelt hat. Arbeitszeit, Lohn und Arbeitsverhältnisse sind entsprechend dem Kodex für Arbeit tariflich geregelt, ebenso besteht das landesübliche Recht auf unentgeltliche Sozialversicherung.

Die Organisation des Arbeits- und Heimlebens beruht wie das ganze Räte-system auf vollkommener Selbstverwaltung und Selbstverantwortung. Die Plenarversammlung hat eine regelrechte Verfassung als Statut der Heimgenossenschaft beschlossen, in dem ihr Verhältnis zur Staatsgewalt begrenzt und zur Wirtschaft bestimmt wird. Rechte und Pflichten der Pädagogen, Instruktoressen und der Arbeitsgenossen festgelegt und die Verwaltung der Kommune geregelt werden. Vorsitzender ist ein junger, parteiloser Arzt, der in der Vollziehung gewählt war wie sein Wirtschaftsgewählte, der Führer der früheren Banditenschar. Die staatlichen Aufsichtsorgane wachen nur über die Zweckmäßigkeit der getroffenen Wahl und bestätigen sie. Die Betriebsversammlung beruft ferner ein Präsidium, das nach ihren Direktiven die laufenden Geschäfte erledigt, und wählt außerdem eine Reihe von Kommissionen, so eine Produktionskommission, die den Erfolg des Arbeitsprozesses überwacht, eine Kooperationskommission, die Lebensmittel, Kleider und Arbeitsgeräte einkauft, eine Produktionskommission, die sie verwaltet, eine Kleiderkommission, die die Wäsche, Kleider, Schuhe registriert und ausgibt, eine Klubkommission, die die Verantwortung für gesellige und kulturelle Unterhaltung trägt, eine Konfliktkommission, die Streitigkeiten untersucht und schlichtet und eine Kontrollkommission, die alle übrigen beaufsichtigt. Jede Kommission besteht aus zwei oder mehr Mitgliedern, die monatlich neu- oder wiedergewählt werden. Neben der Verpflichtung zu regelmäßiger Arbeit besteht obligatorische Teilnahme an Vorträgen, Kursen und Sportübungen, je nach Neigung und Geschmack. Verstöße gegen die Heimordnung oder Nachlässigkeit bei der Arbeit werden von einem Kameradengericht durch Bußen geahndet, die aber zum Vergehen in einem solchen Zusammenhang stehen müssen. Äußerer Zwang, besonders die Prügelstrafe, ist undenkbar, und Fragen danach begegnen nur verständnislosem Staunen. Warum werden Gewalt und Zwang ausdrücklich abgelehnt? Weil mit diesen Mitteln nur das Gegenteil dessen erreicht wird, was man will: sie wecken den Widerwillen und reizen den Widerstand, rufen die Feindschaft gegen die aufgenötigte Ordnung hervor und bilden die Ursache dafür, daß jede Gelegenheit zum Entweichen begrüßt und ergriffen wird. Freiwilligkeit aber und selbständige Entscheidung bilden die festen Grundlagen für eine selbstauferlegte Disziplin, für Ein- und Unterordnung. Sie werden deshalb so leicht erreicht, weil die russische Pädagogik an die in dem Banditenleben erworbenen festen Gewohnheiten und Eigenschaften anknüpft und sie ihrem Zwecke dienstbar macht: So den straffen Organisationsgeist, der die Vagabunden analog den Sowjets in Bezirks- und Rayonkomitees und einem Rat der Volkskommisars zusammenfaßt, streng tarifliche Grundsätze ausbildet, denen zufolge z. B. ein Junge ein ihm zugeworfenes Zwei-Kopekenstück mit der Bemerkung zurückbringt: „Fünf Kopeken sind bei uns Tarif.“ Eigenschaften wie Schlaueit und List, die bei den Raubereien hinter dem Rücken

der Miliz sich entwickeln, Unternehmungsgeist bei ihren Streifzügen, Ausdauer und Fähigkeit zum Entbehren, eine Solidarität, die sich in Hunger, Not und Tod bewährt. Dies alles, vorerst auf das Zerstören und den Gegensatz zur arbeitenden Gemeinschaft gerichtet, wird jetzt als Ausgangspunkt der Erziehung auf ein soziales, gesellschaftlich wertvolles Ziel gelenkt.

Ganz besonderes Gewicht legt die Sowjetpädagogik darauf, durch einen freiwilligen Entschluß die jungen Vagabunden für ihre Ziele zu gewinnen. Hierfür ein anderes Beispiel. Ich gehe an einem trübem und kalten Oktobertag in Begleitung eines hohen Sowjetbeamten über den Moskauer Boulevard. An einem Teerkessel kaut er frierend ein kleiner Besprisorny, schwarz wie ein Mohr, in Kleiderfetzen gehüllt. Das Anerbieten meines Begleiters, dabei bei ihm ein Paar Stiefel in Empfang zu nehmen, lehnt er mit der Begründung ab: „Ich kenne dich und weiß, was du willst; du willst mich in ein Kinderheim bringen. Ich bin aber schon in fünf Heimen gewesen und jedes mal wieder ausgerissen. Dort bin ich ein gefangenes Vögelchen, und ich liebe die Freiheit. Nachdem ihm bedeutet worden ist, daß hierzulande niemand zwangsweise in ein Heim gebracht wird, geht er mit, steckt aber fürsorglich den Fuß in die Türspalte, um bei drohender Gefahr leichter entweichen zu können; er trollt ab, als er die Schuhe anzog.

Nach wenigen Tagen treffen wir beiden denselben Burschen an der gleichen Stelle, wieder ohne Schuhe; wahrscheinlich sind ihm Zigaretten oder Kokain oder Schnaps wichtiger und wertvoller gewesen. Mein Bekannter läßt ihn wieder ein, sich Schuhe zu holen, ohne ihn jedoch nach dem Verbleib der alten zu fragen. Jetzt fragt der Junge: „Was hast du eigentlich an mir für ein Interesse? Was für Beziehungen haben wir zu einander?“ „Eine ganze Reihe“, war die Antwort. „Du bist ein Mensch, und ich bin ein Mensch; du lebst in Sowjetrußland, und ich lebe da; du willst nicht, daß unser Land wegen der Besprisorny in aller Welt verlästert wird und ich nicht. Also Beziehungen über Beziehungen.“ Das leuchtet ein. Er geht mit, probiert die neuen Schuhe an und will schon davonlaufen. Da richtet er plötzlich und ganz unerwartet an den Geber die Frage: „Habt Ihr in der Nähe ein Kinderheim?“ „In Schtscholkowo ein ganz neues sogar. Magst du dort hingehen?“ Auf seine bejahende Antwort erhält er einen Rubel Fahr- und Zehr-geld, und im Weggehen ruft ihm mein Freund nach: „Am Sonntag besuche ich dich mit diesem deutschen Genossen.“ Wir machen unser Versprechen wahr. Aus der Ferne kommen uns schon ein paar Kinder des Heim- entgegen und rufen: „Napoleon ist hier eingetroffen.“ Das war der Name unseres kleinen Vagabunden, den ihm seine Kameraden zugelegt hatten, da er weder Namen noch Heimat kannte und die abenteuerlichsten Reisen durch die Union gemacht hatte. Ihn selbst finden wir sauber gewaschen, in geordneter Kleidung und mit einem Paar neuen Juchtenstiefeln an den Beinen, die er auf Vorschub aus der Schuhmacherei des Betriebs erhalten hat. Ich frage ihn: „Gefällt es dir hier?“ Antwort: „Eine ganz dumme Frage. Wie kann man nach drei Tagen sich schon entscheiden?“ Mein Freund erklärt mir: „In diesem Vorgang liegt das Wesen unserer Pädagogik begründet. Bei diesem Jungen ist jetzt der Widerwille gegen Heime überwunden; wenn er wieder ausbrechen will, so lassen wir es dazu gar nicht kommen, sondern geben ihm

das Reisegeld, damit er sich ein neues Heim suchen kann. Denn dieser Wunsch kommt jetzt nur aus dem Bedürfnis, in ein Heim zu kommen, das seinen Neigungen (handwerklichen oder industriellen) entspricht; in unserem Falle handelte es sich um eine landwirtschaftliche Kommune.

Worin bestehen also die Eigenart und die Erfolge solcher Erziehung? In folgenden Dingen:

1. Die Verwahrlosung wird als eine gesellschaftliche Not angesehen und mit gesellschaftlichen Mitteln bekämpft, aber nicht aus böser Neigung oder verbrecherischem Hang des Kindes erklärt. Infolgedessen wird die Tatsache der Verwahrlosung nirgends verheimlicht oder verdeckt, sondern mit aller Betonung aufgezeigt und die Öffentlichkeit zu ihrer Beseitigung alarmiert. Darum finden wir neben einer großen Gesellschaft der Kinderfreunde in jeder Schule, in jeder Klasse, bei den Studenten, in den Gewerkschaften, nicht selten auch bei den Rotarmisten Kommissionen für den Umgang mit heimlosen Kindern.

2. Den Fürsorgemaßnahmen fehlt jeder strafpolizeiliche Charakter (Strafkleider, abgeschlossene Anstalten, Gefängnisgitter, polizeiliche Schutzmaßregeln).

3. In den Kommunen fehlt jede Spur von asketisch-methodischem Geist, der jene uns in den Anstalten so bekannte frömmelnde Monotonie erzeugt; hier wird das Bedürfnis der Jugend nach Lebensfreude und Lebensgenuß als berechtigt anerkannt und auch befriedigt.

4. Aller Bürokraten- und Polizeigeist ist verschwunden und an seine Stelle verantwortliche Tätigkeit gesetzt, die in kollektiver Arbeit und Unterhaltung sich auswirkt.

5. Jeder wirtschaftlichen Ausbeutung ist der Weg versperrt, weil das materielle Interesse der Anstalt dem erzieherischen am Menschen untergeordnet ist.

6. Die Arbeit erscheint nicht als harte, äußere Pflicht, nicht als eine fremde, feindliche und erniedrigende Sache, sondern als gesellschaftliches Bedürfnis, als innere Nötigung, als Selbstverständlichkeit, die dem Dasein erst einen Sinn gibt. Sie ist ebenso unvergleichliches Erziehungsmittel, wie fruchtbare Erziehungsmethode und reicher Erziehungserfolg.

Daß alle diese in jeder modernen Pädagogik als richtig erkannten Prinzipien hier auch praktisch durchgeführt werden können, liegt daran, daß in Sowjetrußland ein Parallelismus besteht zwischen Arbeit und Gesellschaft, zwischen sozialem System und Erziehung, ein Parallelismus, der die Erziehung zu einem Abbild der Gesellschaft selbst macht; Einzelwille und Einzelinteresse sind projizierter Gesamtwille und projiziertes Gesamtinteresse; die Einzelleistung leitet ihren Antrieb her aus der Gesamtleistung; das Einzelleben ist der Reflex des Gesamtlebens. Solche Ueber-einstimmung beider Interessensphären konnte nur in einer Gesellschaft entstehen, in der die gemeinschaftszerstörenden Klassenschranken niedergelegt sind und eine Gemeinschaft geistig und moralisch verbundener Arbeitsgenossen entsteht.

Und wenn wir in jenem eingangs erwähnten Amtszimmer nun noch dem Bild Pestalozzis gegenüber das Bild Lenins schauen, so hat auch das eine tiefe symbolische Bedeutung. Nur eine neue Gesellschaft, ohne Ausgebeutete und Unterdrückte, kann die Fundamente für eine neue Erziehung legen, für eine Erziehung, die verdient, Menschheits-erziehung genannt zu werden.

Das Morgenrot einer neuen Menschheit steigt in Sowjetrußland herauf.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

55. Fortsetzung.

In der Küche geht es wild zu. Man muß schon ein „Alter“ sein, um dabei nicht nervös zu werden.

Einige Kellner haben doch allerlei kleinere Sabotageakte versucht.

Sie servierten die heißen gebackenen Austern auf Eis, sie verwechselten Majonnaise mit Eiercreme und brachten den blumenhaft anmutenden Brautjungfern, die alle diät lebten, statt der bestellten leichten Salate schwere Gänseleberpasteten.

Die Kapitäne schäumen vor Wut, aber es ist unmöglich festzustellen, wer die Bestellungen verwechselte oder ob sich die Kellner nur zufällig irrten.

Herr Fish wird von allen Seiten angeschrien; seine offensichtliche Ungeachtheit erregt den Unwillen aller Köche und der Kapitäne.

„Bei Gott, dieser Kellner weiß nicht einmal, wie man eine Order anzugeben hat.“

„Ich möchte auch wissen, von wo der Kerl hereingeschneit kommt.“

Das „fix, Junge“, „dalli, Kellner“ der Kapitäne verwirrt ihn vollends.

Es erscheint ihm immer schwieriger, bei der Hetze Pläne und klare Gedanken zu fassen und er beginnt zu begreifen, warum ihn Herr Strong mit solcher Ruhe herumrennen läßt: man will ihn, Herr Fish, nur müde werden lassen, um ein leichtes Spiel mit ihm zu haben. Diese Erkenntnis steigert nur noch den Haß und die Wut, die Herr Fish auf die ehrenwerten Mitglieder der Familie Strong hat. Er will nicht mehr warten.

Herr Vanderoock sollte die Briefe Marjories gleich zu Gesicht bekommen.

Er wußte auch, sie würden bei den blumenhaft anmutenden Brautjungfern Interesse finden.

Es ist nicht leicht, die Briefe unbemerkt auf die Tische zu legen, denn die Kapitäne behalten Herrn Fish scharf im Auge. Andererseits möchte er um keinen Preis den Augenblick versäumen, in dem das Auftauchen der Briefe bekannt würde, wenn sich die hämischen Augen auf Marjorie und den großmächtigen H. W. richteten.

Er sagt sich zwar, daß auf diese Weise seine Chancen, je Geld für die Briefe zu erhalten, gleich Null würden. Aber jetzt wollte er sich wenigstens rächen, vor allem rächen für die Gleichgültigkeit, die Nichtachtung, mit der man sein Erscheinen aufgenommen hatte. Herr Strong tat so, als ob es das Natürlichste auf der Welt wäre, daß er, Herr Fish, bei Marjories Hochzeit als Kellner diene.

Nun, man sollte etwas erleben.

Herr Fish entnahm seinem Briefpaket vorsichtig eine Anzahl Blätter; er möchte sie zu gern noch schnell durchsehen, um sie an die richtigen Adressen zu verteilen, aber dazu bleibt keine Zeit übrig, er muß flink und vorsichtig sein. Und schon ist der Streich geführt!

In der Küche bemächtigt sich seiner eine nicht geringe Erregung. Was wird geschehen, wenn er wieder den Saal betritt? Wird man ihn sofort hinaus-schmeißen? Werden die Gäste lachen und kichern über den jungen Ehemann und Marjorie? Und Herr und Frau Strong, die würdevollen Eltern, werden sie immer noch so majestätisch tun? Wird Herr

Strong die Einsicht gekommen sein, daß es besser für ihn gewesen wäre, weniger „reizig“ zu sein?

Herr Fish macht seine Kollegen aufmerksam, daß sie sich auf ein amüsantes Zwischenspiel gefaßt machen könnten, und bittet sie, herumzuhorchen, was die Gäste sprächen.

Es dauert eine ganze Weile, bis Herr Fish mit kalten Händen und einem Kitzelgefühl in der Kehle und einigem Herzklopfen den Festsaal betritt.

Er kann keinerlei Änderung in der Stimmung bemerken. Sind diese Leute wirklich so gleichgültig, daß sie durch nichts aus der Ruhe zu bringen sind? Sogar die Freundinnen Marjories, auf die er so bestimmt gerechnet hat, machen eher ein gelangweiltes Gesicht.

Aber schon ruft ihn Herr Vanderoock zu sich. Aha, er hat etwas Besonderes mit ihm vor. Er hält die Blätter in der Hand, die Herr Fish vor sein Gedeck gelegt hatte. Er ist in sehr jovialer Stimmung.

„Das ist brav, junger Mann. Sie waren es doch, der die Blätter verteilt hat, nicht wahr? Das gefällt mir, ein junger Mann in der heutigen Zeit, der noch Gedanken für Gott übrig hat und sich um das Seelenheil seiner Mitmenschen sorgt. Sie gefallen mir, junger Mann. Sie wissen, ich bin beauftragt, die Außenreklame für unsere Kirchen und Bethäuser zu besorgen; ich glaube, ich werde Sie brauchen können. Ich gebe Ihnen eine Chance, kommen Sie morgen vormittag in mein Büro.“

Frankfurt a. M.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Draußen auf dem Römerberg und drinnen im Stadtverordnetensaal ging es stürmisch zu. Auf dem Römerberg gab es Ansammlungen. Sprechchöre formierten sich, schrien „Hunger“, Polizeistreifen flitzten umher, jederzeit bereit, mit dem Gummiknüppel dreinzuschlagen. — Die Sitzung begann mit Zusammenstößen zwischen den Kommunisten und dem Vorsitzenden. Guschi Aschenbrenner propagierte die Wahl Thälmanns. Es hagelte nur so Ausweisungen. Die ganze kommunistische Fraktion war zu guter Letzt ausgeschlossen. Die Nazis machten freiwillig den Auszug aus Ägypten. — Zunächst beschäftigte man sich mit der Frage der Senkung der Hebegebühr und der Beseitigung der Mindestgebühr für den Gasverbrauch Erwerbsloser. Vor etwa zwölf Monaten hatte der Magistrat Zusicherungen gegeben, die Situation der Wohlfahrts-erwerbslosen zu erleichtern. Heute lehnt der Magistrat die Kürzung oder Beseitigung der Hebegebühr und der Mindestgebühr mit dem Bemerkens ab, es seien keine Deckungsmittel für den Einnahmeausfall vorhanden. Sozialdemokraten und Kommunisten wandten sich gegen die Stellungnahme des Magistrats. — Dann befaßte sich die Stadtverordnetenversammlung mit der ungenügenden Senkung der Mieten in den städtischen Wohnungen. Auf einen Beschluß des Stadtparlaments, die Mieten in den städtischen Altwohnungen generell herabzusetzen, antwortete der Magistrat, daß als Altwohnungen nur solche Wohnungen anzusehen seien, die vor dem 1. Juli 1918 fertig geworden seien. Die Wohnungen, die nach diesem Termin erbaut worden seien, könnten nur um den Betrag der Zinssenkung ermäßigt werden. Das bedeutet, daß die Mieter in Wohnungen, die später gebaut wurden, keine Miets-ermäßigung erhalten. So macht man die Miets-ermäßigung für einen großen Teil der proletarischen Mieter illusorisch. Löhne und Unterstützung gehen jedoch beständig zurück. Sozialdemokraten und Kommunisten nahmen gegen den Magistrat Stellung. — Der Stadtverordnetenversammlung lag eine Reihe von Anträgen vor, welche die Rücknahme der Kündigung der Dienstverträge derjenigen Arbeiter verlangten, die durch Regulatorvertrag angestellt wurden. Der Magistrat will sich durch diese Kündigung der Dienstverträge eine Hand- habe schaffen, die ihm gestattet, im Krankheitsfälle die Löhne nicht auszuzahlen. Von den 1109 Arbeitern, denen man die Verträge gekündigt hat, ist ein großer Teil 20 bis 40 Jahre im Dienst. Viele der Betroffenen sind Schwerekriegsbeschädigte. Die Löhne dieser Arbeiter sind zum Teil bis zu 40 Prozent gekürzt worden, jetzt soll dieser Arbeiter- kategorie noch der Krankenlohn genommen werden. Die Sozialdemokraten spielten bei diesem Punkt der Debatte mit verteilten Rollen. Der sozialdemokratische Stadtverordnete Kronh griff den Magistrat an. Der sozialdemokratische Stadtrat Dr. Mistel verteidigte das Vorgehen des Magistrats als eine notwendige Sparmaßnahme (!). Der Organisationsausschuß wird sich mit dieser Angelegenheit nochmals beschäftigen. — Der Stadtverordnetenversammlung lag weiter eine Magistratsvorlage vor, die sich mit der Durchführung der Stadtrand siedlung beschäftigte. Pro Siedlung sollen 2500 Mark ausgeworfen werden. Die Wohnsiedlungen, die erbaut werden sollen, werden reichlich primitiven Charakter tragen: keine Wasserleitung, kein Wasserklosett. Der Stadtrand siedler soll 25 Mark monatlich Pacht zahlen. Das wird Elendsiedlungen geben! — Recht lebhaft ging es zu, als man über die Senkung der Fürsorgesätze debattierte. Der Magistrat hat die Fürsorgesätze angeblich um 7 Prozent, in Wirklichkeit um 8½ bis 12 Prozent gekürzt. Der Magistrat verschanzte sich hinter der Regierung. Die Sozialdemokraten im Stadtparlament wetteten gegen die Kürzung der Richtsätze. Die Regierung Braun und ihr ausführendes Organ, der sozialdemokratische Regierungspräsident Ehrler, erzwingen aber die Durchführung. Es wurde ein Ausschufantrag angenommen, der die sofortige Rückgängigmachung der gekürzten Richtsätze fordert. — Ferner wurde ein Antrag angenommen, der vom Magistrat verlangt, daß künftighin Exmittierungen unterbleiben.

Die Kreisstellen des Fürsorgeamtes bleiben in der Zeit vom 24. Februar bis 8. März für den allgemeinen Publikumsverkehr geschlossen. Die Mietbeihilfenzahlung an die Erwerbslosen und Krisenunterstützungsempfänger erfolgt erst am 4. März. Drei Schupos standen vor dem Schwurgericht. Sie waren angeklagt, den Inhaber des Reichsanfells (bekanntes Nazilokal) und dessen Sohn körperlich schwer mißhandelt zu haben. 28 Zeugen — zum größten Teil Nazis — traten vor Gericht auf. Ihre Äußerungen waren widerspruchsvoll. Der Gastwirtssohn hatte die Schupos beschimpft. Diese schritten zur Feststellung der Personalien, der Nazi setzte sich zur Wehr. Es gab Hiebe. Das Gericht kam zu der Auffassung, daß die Polizeibeamten ihre Pflicht gröblich überschritten hätten. Es verurteilte die Schupobeamten zu insgesamt 150 Mark Geldstrafe. — Wenn sozialistische Arbeiter Hiebe auf Staatskosten beziehen, urteilt das Gericht anders!

Die „Eiserne Front“ geht hauserien. Die Mainzer „Volkszeitung“ tischt seit acht Tagen

Mainz

„Volkszeitung“ und Reichspräsidentenwahl. Das Mainzer SPD-Blatt bemerkt hämisch zu dem Beschluß der SAP, für die Wahl Thälmanns einzutreten, daß die SAP verurteilt sei hinter den Kommunisten herzhinken. Dabei scheinen die Leute von der Zangasse noch gar nicht zu merken, daß die SPD überhaupt nicht mehr von Hindenburg weghinken kann. Sie ist heute bereits schon so zur „staats-erhalten- den“ (sprich: bürgerlichen) Partei geworden daß der bloße Gedanke, für einen Arbeiterkandidaten zu stimmen, für sie undenkbar ist. Die „Eiserne Front“ geht hauserien. Die Mainzer „Volkszeitung“ tischt seit acht Tagen

SAP erobert Südbaden

In der Zeit vom 19. bis 21. Februar machte der Bezirk Südbaden der SAP seinen ersten Vorstoß, der von gutem Erfolg begleitet war. Wie überall, wo die SAP zum ersten Mal vor größere Massen tritt, mußte sie auch bei uns die Notwendigkeit der Sozialistischen Arbeiterpartei beweisen. Sie mußte beweisen, daß es unsere geschichtliche Aufgabe ist, eine große, revolutionäre Massenpartei zu schaffen.

Am 19. Februar sprach Genosse Fritz Rück, Berlin, in Waldkirch über „Eiserne Front oder proletarische Klassenfront?“ Der Referent schöpfte aus seinen reichen Erfahrungen, die er sich im revolutionären Kampf an führender Stelle der KPD gesammelt hat, und machte es so den kommunistischen Diskussionsrednern unmöglich, auf sein Referat einzugehen. Sie mußten zugestehen, daß ein Kommunist nicht besser hätte die heutige Situation und die daraus entstehende Aufgabe für das revolutionäre Proletariat analysieren können. Für die KPD sprachen zwei Studenten aus Freiburg, die Genossen Markus und Friedrich. Außerdem sprachen noch Rechtsanwalt Cuntz (parteilos), der die RGO-Politik der KPD zu verteidigen suchte. Als Ausweg aus der heutigen Krise entwickelte er einen konfuse Plan über Wahlreform. Als letzter sprach der frühere Gewerkschaftssekretär Genosse Becker (KPD), der sich ebenfalls für den RGO-Kurs aussprach. Genossen Rück war es ein Leichtes, in seinem Schlußwort die vorgebrachten Argumente gründlichst zu zerpfücken.

Ueber dasselbe Thema sprach derselbe Redner in Freiburg am 20. Februar. Im Gegensatz zu Waldkirch, wo sich die kommunistischen Diskussionsredner bemühten, sachlich zu diskutieren, glaubten sie in Freiburg, den Referenten und die SAP als Verräter und als Agenten der Bourgeoisie beschimpfen zu können. Außer den kommunistischen Diskussionsrednern sprachen noch folgende Par-

ihren Lesern Siegesberichte von „Vormarsch“ der „Eisernen Front“ auf. Wer aber zwischen den Zeilen zu lesen vermag, der merkt heraus, wie man ängstlich heimlich ist, das bisherige Fiasko der „Eisernen“ zu verschleiern. So haben „zahlreiche Republikaner noch keine Zeit zum Einzeichnen gehabt“, und „um vielseitigen Wünschen Rechnung zu tragen“, ist plötzlich der Termin zum Einzeichnen um acht Tage verlängert worden. In diesen zweiten acht Tagen hofft man das Fiasko der ersten Woche etwas beheben zu können. Deshalb wird jetzt schnurren und hauserien gezaubert. Die „Volkszeitung“ weist darauf hin, daß überall von Haus zu Haus mit dem „Eisernen Buch“ gegangen werden soll, um die Säuglinge aufzurütteln. — Es muß doch um die Aktivität der Republikaner gut bestellt sein!

Viel Soldaten, doch wenig Kämpfer. In einem Mainzer Vorort lagen bis Sonntag rund 100 Einzeichnungen im „Eisernen Buch“ vor. Von den 100 eingezeichneten „Eisernen Front“-Soldaten stellten sich jedoch beim ersten „Eisernen Front-Appell“ sage und schreibe fünf ganze Mann. „Für Hindenburg und Brüning“ läßt sich halt doch nicht so leicht kämpfen.

Das Arbeiter-Sportkartell Groß-Mainz hält seine Generalversammlung Samstag, 27. Februar, 20 Uhr, im „Goldenen Pflug“ ab. Stimmrecht haben nur Delegierte. Mitglieder der Sportvereine können als Gäste der Versammlung beiwohnen.

Frankenthal (Pfalz)

In der letzten Stadtratsitzung wurden zwei besonders wichtige kommunale Fragen erörtert. Unter dem allgemeinen Druck des Preisabbaurummels beilegte sich die Stadtverwaltung die städtischen Gebühren und die Mieten für die städtischen Neubauten zu senken. (Der Ton liegt auf „senken“.) In der Sitzung wurde vom Oberbürgermeister die allgemeine wirtschaftliche Notlage anerkannt. Das gehört in neuerer Zeit so ziemlich zum guten Ton der verantwortlichen Stellen. Aber „mit Rücksicht auf die außerordentlich schwierige Finanzlage der Gemeinden“ kann die Stadtverwaltung die Gebühren nicht so senken, wie die verarmte Bevölkerung es allgemein mit Spannung erwartet. Hier kann sich der Bürgermeister ausdrücklich auf den bayerischen Finanzminister berufen, der die Gemeinden warnt, ja nicht allzuweit mit der Gebührensensung herunter zu gehen. In einer großen Erklärung des Oberbürgermeisters wurden die sehr begrenzten Möglichkeiten der Öffentlichkeit plausibel gemacht. Damit zugleich die Vorschläge, nach denen der Strompreis um 2 Pf. von 51 auf 49 Pf., der Gaspreis um 8 Pf. von 23 auf 20 Pf. herabgesetzt werden soll. Die anderen Gebühren könnten nicht gesenkt werden. Ja, ihr jetziger Stand ermöglichte zum Teil die Senkung der Hauptgebühren. Mit der Mietensenkung steht es nicht besser. Die bürgerliche Presse erklärt sich zu sagen, die Senkung sei mager. Denn es handelte sich ja nicht um eine allgemeine Mietensenkung der städtischen Neubauten, sondern nur um eine teilweise. Die Häuser der letzten Jahre seien mit höheren Baukosten und höheren Zinsen belastet, aus diesem Grunde die ungewöhnlich hohen Mieten. Der Oberbürgermeister stellte zur Debatte, ob allgemeine oder partielle Senkung. Die SPD-Fraktion stimmte mit einer recht lahmten Erklärung den Vorschlägen der Stadtverwaltung zu. Sie äußerte die immerhin erstaunlich naive Hoffnung, daß es vielleicht bei den kommenden Voranschlagsberatungen möglich wird, auf anderen Gebieten eine weitere Senkung vorzunehmen. Viel wirksamer wurde der Standpunkt der SAP und der KPD vertreten. Die Ausführungen beider Vertreter bewegten sich einheitlich auf einer gut begründeten Linie. Genosse Bold forderte eine allgemeine Senkung der Gebühren um 10 Prozent. Zur Miet-

senkung ist unser Vertreter der Auffassung, daß die überzogenen Mieten auf eine normale Basis gebracht und dann eine prozentuale, allgemeine Senkung vorgenommen werden müsse. Die Abstimmung ergab, daß bei 22 gegen 7 Stimmen die SPD ihr „vorbehaltliches“ Einverständnis mit den Bürgerlichen beschied. Damit waren die „weitergehenden“ Anträge der Linken abgelehnt. Wir werden uns belleßigen, die sprichwörtlichen Vorbehalte der SPD zu gegebener Zeit zu prüfen. — Durch den Uebertritt der zwei kommunistischen Fraktionsmitglieder in die SAP hat die Linke Fraktionsstärke verloren; die Ausschüsse wurden dahin umbesetzt, daß die SPD ein Ausschußmitglied mehr erhält. Genosse Wolf (SAP) wies darauf hin, daß es bei der kommunistischen Vertretung liegt, unter Eingehung eines losen Fraktionsverhältnisses mit der SAP den alten Zustand wieder herzustellen. Im Interesse der Vertretung der Arbeiterbevölkerung ist es notwendig, in allen Ausschüssen vertreten zu sein, um die Forderungen der Arbeiterschaft vertreten zu können. — An die öffentliche Sitzung schloß sich eine „geheimliche“ Mitgliederversammlung der SAP nach einem längeren instruktiven Bericht des Genossen Kohl über den Kursus Reichenbach in Mannheim. Die Epoche der proletarischen Revolution“ entgegen. Die Versammlung nahm weiter Stellung zur Parteitagdelegation und zur Urwahl. Eine diesbezügliche Entschliebung fand einstimmige Annahme. Weitere Entschliebungen wurden gefaßt zum Bericht Reichenbach und zur Haltung des Genossen Kleinheit im Artikel „Ein Werkzeug für den Frieden?“. Hierauf setzte eine lebhafte Diskussion ein über die Reichspräsidentenwahl und die „Eiserne Front“. Eine Reihe Besprechungen organisatorischer Natur beschloß die gut verlaufene Versammlung.

Leider konnte Genosse Rück infolge Erkrankung in Elgersweier und Offen- burg nicht mehr referieren. In Elgersweier sprachen an seiner Stelle die Genossen Jorns und Geck aus Offenburg.

In Offenburg sprach der Genosse Geck über das Thema „Eiserne Front oder proletarische Klassenfront?“. Im Gegensatz zu andern Orten schickte hier die KPD einen äußerst sachlichen Diskussionsredner, den Genossen Stadtrat Richard Bütz, vor. Er bezeichnete die Genossen der SAP als ehrliche revolutionäre Kämpfer. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung protestiert aufs schärfste gegen das gegen die kommunistische Partei durch den sozialdemokratischen Innenminister Maier erlassene Versammlungsverbot. Dieses Verbot bedeutet für die Werktätigen eine völlig unbegründete Hinderung der Propaganda für ihren Kandidaten Thälmann. Die Versammlung fordert sofortige Aufhebung des Verbotes.“ In Offenburg wurde an diesem Abend die Voraussetzung für Schaffung einer proletarischen Klassenfront geschaffen.

Die „Eiserne Front“ entsandte überall nur Horchposten. In ihre Presse schweigt sie vollkommen. Desto kräftiger schmeißt man bei den Getreuen.

Die Mitgliederversammlung der SAP nahm einen längeren instruktiven Bericht des Genossen Kohl über den Kursus Reichenbach in Mannheim. Die Epoche der proletarischen Revolution“ entgegen. Die Versammlung nahm weiter Stellung zur Parteitagdelegation und zur Urwahl. Eine diesbezügliche Entschliebung fand einstimmige Annahme. Weitere Entschliebungen wurden gefaßt zum Bericht Reichenbach und zur Haltung des Genossen Kleinheit im Artikel „Ein Werkzeug für den Frieden?“. Hierauf setzte eine lebhafte Diskussion ein über die Reichspräsidentenwahl und die „Eiserne Front“. Eine Reihe Besprechungen organisatorischer Natur beschloß die gut verlaufene Versammlung.

Landsheim
SAP-Ortsgruppe entsteht. Der Unterbezirk Frankenthal der SAP trat mit einer

SAP-Ortsgruppe entsteht. Der Unterbezirk Frankenthal der SAP trat mit einer

Eine Unterstützungs-Empfängerin auf Wohnungssuche

Eine Frankfurter Unterstützungs- empfängerin schickt uns folgende Zuschrift:

Ich suche jetzt ungefähr fünf Wochen nach einer Wohnung. Meine jetzige Wohnung ist derart kalt, daß ich monatlich 15—20 Mark verfeuern muß, wenn ich nicht den ganzen Tag mit meinen Kindern im Bett liegen will. Ich habe mir in dieser kalten Wohnung Ischias und Rheuma zugezogen. Die Aertzin meint, solange ich mich in dieser Wohnung befände, käme ich das Leiden nicht los. Auf ein ärztliches Attest hin habe ich von der Wohnungsfürsorge einen Dringlichkeitschein erhalten. Aber trotz Dringlichkeitschein habe ich bisher keine passende Wohnung bekommen können.

Wenn ein Hausbesitzer erst einmal spitz hat, daß man vom Wohlfahrtsamt Unterstützung bezieht, dann winkt er gleich ab. Zuerst ist so ein Hausbesitzer die Liebenswürdigkeit in eigener Person, bis dann die unvermeidliche Frage kommt: „Sind Sie verheiratet?“ „Nein.“ „Hm! Und Sie haben zwei Kinder? Wovon leben Sie denn?“ „Ich werde vom Wohlfahrtsamt unterstützt.“ Schon umwölbt sich die Stirn des Hauspapas. Er wird abweisend und zuckknöpft. Auf meine Frage, ob er mir die Wohnung vermieten wolle, antwortet er ausweichend, er müsse erst mal mit seiner Frau sprechen. Er gebe mir Bescheid. Selbstverständlich sitzt der betreffende Hausherr kein n Bescheid, denn Wohlfahrts- empfänger wird er keine in seinem Haus haben.

weiteren Versammlung an die Öffentlichkeit, und zwar in unserem Ort. Obwohl die Genehmigung zur Abhaltung erst 24 Stunden zuvor durch das Bezirksamt erteilt wurde und somit keine Agitation entfaltet werden konnte, hatten sich 150 Arbeiter im Freien Turnerheim eingefunden, die in vorbildlicher Disziplin die Ausführungen unseres Referenten, des Genossen Andreas Queßel, Darmstadt, zum Thema „Durch Klasseneinheit zum Sieg!“ entgegennahmen. Die nach dem Referat einsetzende Diskussion war sachlich und trug zur Klärung der Differenzen bei. Genosse Faulhaber von der KPD konnte mit seinem unmöglichen Standpunkt, daß alles, was nicht bei der KPD stehe, faschistisch sei, nicht durchdringen. Wohlgegründete und klärende Kritik hatte Genosse Ritter vom Leninbund zur Politik der KPD zu sagen, während der sozialdemokratische Diskussionsredner sich so ungeschickt und plump für die „Eiserne Front“ und ihre Politik einsetzte, daß er sang- und klanglos, ohne daß sich eine Hand des Beifalls rührte, abtreten mußte. Seine Behauptung, daß die „Eiserne Front“ nicht mit der Hindenburg-Front identisch sei, wurde von den anwesenden Arbeitern mit Lachsalven quittiert. Das Ergebnis der Versammlung war, daß sich nun auch in Landsheim der Grundstock zu einer Ortsgruppe mit 20 Genossen gebildet hat.

Freiburg i. Br.

Sicherheit und Ordnung in Gefahr! Die Polizei hat das Werbe-Flugblatt für die „SAZ“ verboten und beschlagnahmt (!), da es die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden soll. Nachdem man gegen die verbrecherischen Aushungerungspläne der Nazis nichts unternommen hat, will man offenbar seinen Tatendrang an einer zweithöchsten Ortes nicht so beliebigen Bewegung auslassen.

Ganz im Vertrauen: das badische Polizeiministerium ist eine Machtposition der Arbeit- erklasse. Aber bitte nicht weitersagen, damit diese „Tatsache“, von der man auch sonst nichts merkt, aus Staatsraison weiterhin geheim bleibt!

Noch ein Kläffer. Pflichtgemäß regt sich am Dienstag, 23. Februar, auch das badische Naziblättchen über den bekannten Artikel des Genossen Herbers („SAZ“ 1. 1.) auf. In diesem Artikel wird nicht nur geschimpft, es wird ausnahmsweise auch einmal zitiert. Und das verleitet den geneigten Leser, der mit den Zitiermethoden von Naziblättern Bescheid weiß, zur Kontrolle den Originalartikel des Genossen Herbers herauszusuchen. Und da findet er: Aus den Namen jener Generale, deren hohes Alter dem Genossen Herbers zu denken gegeben hat (eine Beschäftigung, für die den Naziredakturen anscheinend die Zeit fehlt), hat die Nazikorrespondenz, die unsere Karlsruher Tintenköpfer mit geistiger Nahrung versorgt, mit ungewöhnlicher Sorgfalt die der deutschen Generale ausgewählt. Namen ausländischer Generale (Foch, Mac Mahon, Haig), dagegen wurden gewissenhaft übersehen. — In derselben Nummer desselben Blattes findet sich ein Nachruf auf den armen, seligen „Geenig“. Späßhalber wollen wir ihn im Wortlaut bringen: „Der Monarch war einer der am meisten Geschmähten unter der deutschen Fürsten. Trotzdem er- freute sich Friedrich August der weitgehendsten Sympathien seines Volkes. Seine Bedürfnislosigkeit, seine Bemühungen um eine gute Verwaltung Sachsens und sein gesunder fortschrittlicher Geist (!!!) machten ihn zum wohl beliebtesten Monarchen des Reiches. Auch weite Kreise des Landes, die durchaus nicht monarchistisch eingestellt sind, trauern um den Verschiedenen, der besonders von jüdischer Seite besonders niedrig verunglimpft worden ist.“ — Das ist eine Anspielung auf das Anekdotenbuch von Hans Reimann. Wenn das Naziblättchen die Wiedergabe von Aussprüchen des „Geenigs“, die dessen „gesunden fortschrittlichen Geist“ beleuchten, als besonders niedrige Verunglimpfung empfindet, was ist dann z. B. der Artikel gegen den Genossen Herbers?

Sein Haus ist ein „besseres“ Haus. Arme Leute kann er nicht brauchen. Es hilft nichts, daß man auf Grund der Mitquittungen in- stande ist, nachzuweisen, daß man seine Miete pünktlich bezahlt.

Andere Hausherrn machen ein bedenkliches Gesicht, wenn sie dahinter kommen, daß man die Hauszinssteuer nachgelassen bekommt. Und so kann man laufen von Pontius bis Pilatus, man kommt doch nicht zu einer Wohnung. Jedes Mal, wenn der Hausherr erfährt, daß man vom Wohlfahrtsamt unterstützt wird und die Hauszinssteuer gestundet bekommt, lehnt er dankend ab. Da hilft einem kein Dringlichkeitschein. Die Hausherrn nehmen doch wen sie wollen.

Um eine Neubauwohnung braucht sich unsereiner erst gar nicht zu bemühen. Da gibts keinen Hauszinssteuernachlaß. Folglich kommt eine solche Wohnung für mich gar nicht erst in Frage.

So laufe ich trotz Ischiaschmerzen und Rheuma von Wohnung zu Wohnung. Es besteht keine Aussicht, daß ich bald eine Wohnung erhalte. Ich kann aber auch in dieser kalten Wohnung nicht wohnen bleiben. Mein Geld geht ja nur für Kohlen drauf. Das muß ich mir und meinen Kindern am Munde absparen. Oft genug esse ich mittags nichts, um die Kohlen bezahlen zu können. Dabei sind wir alle unterernährt.

Wo das noch hin soll möchte ich bloß wissen. Ja, ja, mit uns Proleten macht man doch, was man will.

Sportschau der SAZ

Berlin-Brandenburg

Die Kreisklasse ist gefallen

Wichtige Entscheidungen der Fußballer

Nachdem der Kreisfußballtag die Entscheidung über die Frage der Kreisklasse der Spartenleitung übertragen hat, haben sich sofort Geschäftsführender Ausschuss und Bezirksleiterkonferenz damit beschäftigt. Der Geschäftsführende Ausschuss war der Meinung, daß die Frage zu wichtig sei und deshalb von ihm nicht entschieden werden könne. Am Sonntag, dem 14., hat deshalb die Bezirksleiterkonferenz in vierstündiger Aussprache alle 77 Klubs dafür und dagegen eingehend erörtert. Dabei wurden die Gründe der Luckenwälder Genossen, die für Beibehaltung der Kreisklasse waren, durchaus gewürdigt. Wenn sich dennoch die Konferenz mit 7 gegen 2 Stimmen für die Abschaffung der Kreisklasse entschied, so deshalb, weil sie glaubte, daß die wirtschaftlichen Gründe, die zu diesem Entschluß führten, be-

deutend schwerer wiegen. Trotzdem sollen sich die Bezirke in Vereinsvorstandskonferenzen sofort mit der neuen Lage befassen, und insbesondere der 1. und 2. Bezirk werden zur Anregung der Luckenwälder Genossen Stellung nehmen müssen, ob es möglich ist, je zwei Luckenwälder Vereine in den Spielbetrieb dieser Bezirke einzureihen.

Zur Frage des Ostdeutschen Verbandes
Generalversammlung und Bezirksleiterkonferenz beschäftigten sich ebenfalls mit der Frage des Ostdeutschen Verbandes. Beide Instanzen wiesen einstimmig und mit Entschiedenheit die Ausführungen des Genossen Schwarzek zurück, der dem 1. Kreis vorwarf, daß er nur aus geschäftlichen Gründen zu Mitteldeutschland wolle. Die gegenwärtige Lage ist doch so, daß ein Kreis, der auf Grund

seiner geographischen Lage zu allererst dem Ostdeutschen Verband angehören müßte, nämlich Schlesien, nicht dazu gehört. So bleibt die Tatsache bestehen, daß zwei schwache Kreise — Pommern und Berlin — einen noch schwächeren Kreis, nämlich Ostpreußen, unterstützen sollen. Ostpreußen nimmt überall dem Reiche gegenüber eine Sonderstellung ein und wird in jeder Beziehung vom Reiche besonders betreut. Es wäre selbstverständlich, daß auch die ostpreußischen Genossen vom Gesamtverband unterstützt werden. Wahr ist, daß die Spiele um die ostdeutsche Meisterschaft stets mit einem Unterschluß endeten, der besser für die Bewegung verwendet werden könnte. Ein Spiel Königsberg-Berlin würde in diesem Jahre allein 1200 M. an Fahr- und sonstigen Mannschaftsreisen kosten. Das ist ein Betrag, der für die Jahresarbeit mehrerer Bezirke ausreichen würde. Seine Aufbringung ist an keinem der beiden Orte möglich, und die Folge wäre, daß schon bei dieser Vorentscheidung die Garantiesumme des Bundes und die Garantiesummen der beteiligten Kreise fast aufgebraucht würden. Der 1. Kreis hat deshalb vorgeschlagen, in der Vorrunde Berlin und Cottbus und Stettin und Königsberg zu paaren.

2000 Arbeiter sporteln

Gewaltige Teilnehmerzahlen zum Arbeiter-Hallensportfest

Das am 28. Februar in der Arena am Kaiserdamm stattfindende Hallensportfest des Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund erspricht, alle bisherigen Veranstaltungen einer Art zu übertreffen. Trotz der schlechten Wirtschaftsverhältnisse erschienen über hundert Sportler aus dem Reiche. Dresden ist B. mit 32, Leipzig mit 30, Stettin mit 40 und die Lausitz mit 15 Genossen vertreten. Insgesamt sind über 1800 Stafettenläufer und etwa 400 Einzellauf in die Meldeliste eingetragen. Wegen der starken Beteiligung sind die Vorkämpfe auf 10.50 Uhr festgesetzt. Das Hauptprogramm beginnt wie angekündigt um 16 Uhr.

Zehn Sondervorführungen werden Abends in der Leichtathletik-Halle Programmen. Gymnastik, Turnen, Medizinhallenspiele, Tänze der Turnerinnen, Kindervorführungen, Sprech- und Bewegungsschwerpunkte, artistische Gymnastik, Handball und viele andere Darbietungen sind vorgesehen.

Während der Veranstaltung konzertiert ein Mann starkes Orchester. Die Festspiele sind wirkungsvolle Propaganda für den Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Eintrittskarten sind bei allen Funktionären sowie in der Geschäftsstelle, Elssasser Straße Nr. 86/88 (Weidendamm 4122) anzufordern.

Vogtländischer Arbeitersport

Fußball am Sonntag

Auerbach-Ellefeld (16.00). Da sich beide Mannschaften seit der vergangenen Serie noch nicht wieder gegenüberstanden, ist es schwer, den Sieger vorzusagen. In letzter Zeit ließ sich der Gruppenmeister manchmal derartig entwickeln, daß man aus dem Stadium nicht herauskam, während der Platzbesitzer oft ganz achtbare Resultate herausholte.

Eintracht-Rempegrün (14.30). Nach langer Zeit will Rempegrün wieder einmal als Gast bei Eintracht. Die Gäste haben es im Rempegrün-Terminrecht, Eintracht mit 3:1 das Nachsehen zu geben. Da Eintracht sich in letzter Zeit sehr verbessert hat, dürfte man auf den Ausgang des Spieles sehr gespannt sein. Auch Rempegrün hat bewiesen, daß die Mannschaft spielen kann. Die Eintrachtler haben nun allen Grund, die Gäste ernst zu nehmen. (5)

Dorfstadt-Rebegrün (15.00). Die Rebegrüner Mannschaft, die über sehr gute Kräfte verfügt, wird bei Dorfstadt einen Gegner stellen, der nicht zu unterschätzen ist. Insonst könnte es sehr leicht zu Überraschungen kommen. Vor allem kommt es auf die Stimmreihe des Gastgebers an, die die starke Heimmannschaft der Gäste überwinden muß, wenn sie zu zahlbaren Erfolgen kommen will. (17)

Kürbitz-Netzschkau (14.30). Überprüft man die Resultate der Spiele, so kann man annehmen, daß ein guter Sport in Kürbitz am Sonntag geboten wird. (3)

Auerbach-Treuen (14). Wenn Treuen auch in der letzten Zeit keine überzeugenden Siege für sich buchen konnte, scheint sich doch ihre Spielweise in der letzten Zeit bedeutend verbessert zu haben. Der Platzbesitzer weiß, daß er die Gäste nicht leicht nehmen darf. (30)

Lauterbach-Wacker (15.00). Eine Bestätigung des Spieles vom Gastverein ging uns leider nicht ein. (8)

2. Klasse.
Tische 5. Abt.-Brookau (14.30) — Havel zinn-Pollwitz (15.00) (15) — Adorf-Bosenbrunn (14.30) (Schri-Adorf) — Lauterbach-Wacker (15.00) (63) — Kürbitz-Netzschkau (14.30) (1) — Eintracht-Rempegrün (14.30) (16) — Dorfstadt-Rebegrün (15.00) (3) — Tische 5. Abt.-Brookau (14.30) (7).

Serienwettkämpfe im Geräteturnen

Vorschau der 2. Gruppe, B-Klasse.

Sonntag, 27. Februar, nachmittags 1.1 Uhr, kämpfen in der Halle des Moniervereins, Oefenitz die Mannschaften von T. V. 1 und R. A. S. a. u. m. die Punkte. Kampfrichter: Re. Fischmann und Gruber. — In der gleichen Halle stehen sich die Regien von J. a. n. und V. g. l. s. b. e. r. g. g. e. g. e. n. B. e. g. i. n. n. 1.6 Uhr. Kampfrichter: Hoster, Glöb und Schöbel.

In der Halle des Turnvereins Vogtsberg treten die Mannschaften von M. T. A. gegen L. a. u. t. e. r. b. a. c. h. o. n. um ihre Punktzahl festzustellen. Beginn 1.1 Uhr. Kampfrichter: Schuster, Heckel und Thoma.

Vorschau der 4. Gruppe

Schönbeck ist der Austragungsort für den Kampf den Schönbeck und Klingenthal am Sonntag austragen. Beginn nachmittags 1.10 Uhr. Kampfrichter: Zimmer, Reitzenstein und Polhand.

In Adorf treffen sich die Regien von Adorf-Bründelberg. Auch hier ist die Frage offen, wer als Sieger hervorgehen wird. Beginn 1.10 Uhr vormittags. Kampfrichter: R. Pirz, Schuster und Strobel.

Da die bis jetzt gezeigten Serienwette in allen Gruppen guten Sport bieten gilt es für alle Anhänger des Gerätturnens, diese Veranstaltungen zahlreich zu unterstützen.

Kleine Sportnachrichten

Jugendlehre in Werda. Sonntags in Werda Jugendlehre. Sie erstreckt sich vor allem auf das Fußballspiel. Es ist allgemeine Pflicht zum Besuch. Für alle Vereine ist sie wertvoll. Gerade aus der Jugend ersieht die Vereine brauchbarer Nachwuchs. Freitags 18 Uhr am Werdaer Bahnhof.

Organisationsnachrichten

SAP

Bezirksverband Berlin. Sitzung des erweiterten Bezirksverbandes Montag, 29. Februar, 19 Uhr im Sekretariat, Prenzlauer Allee 4. Erscheinungsbild der SAZ.

Ortsgruppe Zehlendorf. Mitwirkerversammlung Freitag, 26. Febr., 20 Uhr im Lokal 111, Zehlendorf (Schulhaus). Tagesordnung: 1. Bericht über die SAZ (Hilfskomitee) und Organisationsarbeiten.

Ortsgruppe Tempelhof. Freitag, 26. Febr., 19.30 Uhr im Lokal Gruppe, Friedrich-Wilhelms-Str. 21. Tagesordnung: Besprechung der monatlichen Lage.

Ortsgruppe Neukölln. Freitag, 26. Febr., 20 Uhr. Vierstündige Sitzung im Lokal Hebe, Erdstr. 1, Ecke Weststr. Sonntag, 28. Febr., 9.30 Uhr. Freizeitsport-Zeitungssitzung im Lokal Dornow, Prenzlauer Allee 1, Ecke Lessingstr. Alle Genossen zur Stelle.

Antifaschistisches Kartell „Wedding“. Freitag, 26. Febr., 19.30 Uhr im Schreiber's Festsaal, Tempelhofer Park. 5. Antifaschistisches Kartell. Referent: W. Schaber. Tagesordnung: 1. Unsere Aufgaben im Kampf gegen den Faschismus.

Ortsgruppe Lichtenberg. Die für Montag, 29. Febr., abzusetzende Funktionärsversammlung fällt aus.

Ortsgruppe Tiergarten (Alt. West). Zusammenkunft und Besprechung Freitag, 26. Febr., im Hotel „Waldpark“ Sonntag, 28. Febr., 11 Uhr, alle Werksmitglieder bei Tetschow, Wartenbergstr. 33.

SJV

Mitteilungen der BL.

Roter Karneval. Heute, von 10 Uhr ab bis 20 Uhr, muß die Abrechnung der letzten Jahre abgemacht werden. Von 18 bis 20 Uhr, 21. Februar, wird die 18. Karneval-Hallensportfest. Sonntag, 28. Febr., 11 Uhr, Ausstellungsschreiben in Kaiserpark.

Reichskonferenz. 4. und 6. März in Dresden. Acht Adressen im Sekretariat Alt. Privatquartiere.

Tambourkorps. Alle sportlichen Spielteile und Antaezer am nächsten Mittwoch, 28. Febr.

Heute, Freitag, 26. Februar, 19.30 Uhr:

Kassierer heute abrechnen, siehe Marka: Holz-Charlottenburg-Mitte „Karl Liebknecht“. Arbeitgemeinschaft.

Frankfurter Allee. Heute treffen wir uns beim Gen. H. F. H.

Gesundbrunnen. „Unsere Aufgaben in den Gewerkschaften“.

Hansa. „Der Sozialismus der NSDAP“.

Kopenick. „August Bebel „Roter Aufbau““. Die B. Jugend der „Freiheit“.

Mitte. „Rote Pioniere“. Arbeitsgemeinschaft.

Neukölln I. „Kunst und Kultur“.

Neukölln II. „Kunst und Kultur“.

Neukölln III. „Arbeitsgemeinschaft“.

Neukölln IV. Hertz. Tagespolitik.

Schönhauser Viertel. „Paul Lenz“. Arbeitsgemeinschaft.

T. M. M. in der SAZ. Gedächtnisfeier Gen. Kurt Kerk.

Währner Platz. „Matteotti“. Arbeitsgemeinschaft.

Wedding. „Proletarische Führerfront“.

Wellensee „Karl Marx“. Film.

Wilmersdorf. Tagespolitik.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Roland Beutner; für Inserate: Johannes Hoffmann.

Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kuppergraben E 2 2904.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kuppergraben E 2 2905.

Bezugspreis für einen Monat durch die Expedition RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM — 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM — 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete. Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H.“, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postbeckenkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

Staats-Theater
Potsdamer Platz 3
Ab Freitag
Mitternachtsliebe
die Komödie von Max Frisch
mit Hans Adalbert v. Schlettow,
Daniela Parlova, Peter Batscheu
in der Hauptrolle
Auch in den Hauptrollen
Bettina
Tag: ab 9 Uhr vorm.
Sonntag ab 11 Uhr nachts
Einzig. Tag- u. Nacht kino Berlin

MILIA-LICHTSPIEL-PALAST
Schönhauser Allee 130
Wochentags 5.15 Sonntags 3.15
Kasseneröffnung 1 1/2 Stunde vor Beginn
Eine Nacht im Grand-Hotel

Elysium-Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Die entzückende Tonfilm-Operette
„Fräulein — falsch verbunden“
mit
Magda Schneider, Joh. Riemann
Auf der Bühne
Gustl Beer mit seinem Ensemble
Emelka-Ton-Woche

Theater des Weddings
Müller-Ecke Sellenstraße
„Stürme der Leidenschaft“
mit Emil Jannings, Anna Sten
und das reichhaltige tönende Beiprogramm

Kampfsignal
heute neu!

Die Ente
Neu erschienen!
Aus dem Inhalt der neuen Nummer
Vaterland greift in deutschen Birkengärten zu. Zur Präsidentenwahl: Der Parteipolit sein Hund. Die Frau Kommissarin in der Badekammer. Die 10 Gebote des Herrn Gottbeils.
11. Jahrgang
10 Pfennig
Bei allen Zeitungshändlern, Probennummern gratis vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstr. 7

Stillertheater
Sachsenstr. 10
Freitag, 26. Februar
gegen 22.45 Uhr
endlose Straße

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Felix Bressart in
„Der Herr Bürovorsteher“
dazu:
„Schatten der Nacht“
ein Sensationsfilm
Fox tönende Wochenschau

Mila-Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Wochentags 5.15 Sonntags 3.15
Kasseneröffnung 1 1/2 Stunde vor Beginn
Eine Nacht im Grand-Hotel

Freie Turnerschaft Myau i. V.
Heute Freitag:
Bockbier-Anstich Glas 35 Pf.
Sonntag und Sonntag 27. und 28. Februar:
Öffentlicher Bockbier-Ausstank
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gastspiel
der lustigen Zwickauer Sänger
Eintritt: 70 Pfennig, Erwerblose gegen Ausweis 40 Pfennig.
Zahlreichem Besuch sieht entgegen
Der Turnrat.

Eier 2 Stück 15 Pf.
Warme Wurst 1 Pfund 80 Pf.
Heringe Stück 5 Pf.
Apfelsinen 1 Pfund 20 Pf.
Rotkraut 1 Pfund 10 Pf.
Welsch- und Weißkraut 1 Pfund 8 Pf.
Erdnüsse 1 Pfund 28 Pf.
Bananen billiger
Außerdem 5% Rückvergütung
Warenabgabe nur an Mitglieder

Hamburg
Volkshelm-Lichtspiele
Sachsenstraße 21
Das Kino des Arbeiters
Programm
für Sonnabend, den 27. und Sonntag, den 28. Febr. 1932
1. Lalla, die Tochter d. Nordens
Ein herrlicher Film aus dem hohen Norden.
2. An der Mosel
Ein fabelhafter Naturfilm von Mosel und Rhein.
Unsere Eintrittspreise:
Sonnabends zahlen Verdienner **0.50 M.** Sonntags **0.70 M.**
Jugendliche und Erwerblose zahlen nur **0.30 M.**
Eine Neuerung!
Mit der Musik haben wir jetzt die Kapelle A. Krömer betraut, wodurch die Gewähr für einwandfreie Musik geboten ist!
Arbeiter, besuchet euer Kino!

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Felix Bressart in
„Der Herr Bürovorsteher“
dazu:
„Schatten der Nacht“
ein Sensationsfilm
Fox tönende Wochenschau

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Felix Bressart in
„Der Herr Bürovorsteher“
dazu:
„Schatten der Nacht“
ein Sensationsfilm
Fox tönende Wochenschau

Pharus Lichtspiele
Hüllerstraße 142
K. v. Nagy, W. Fritsch
in
„RONNY“
dazu:
Ufa-Ton-Kabarett
Marie Ney, Hörbiger, Westermeier, Dajos Béla
Fox tönende Wochenschau
Anfangszeiten Wochentags 5, 7, 9 Uhr
Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr

Freie Turnerschaft Schneeberg E. V.
Mitglied i. Arb.-Turn- u. Sp.-Bund
Sonntag, den 27. Februar
im Hotel „Goldene Sonne“
Bühnenwerbefürnen
Turnerische, rhythmische
Vorführungen mit musikalischer
Begleitung. Ergebenst ladet ein
Die Leitung.
Eintritt 30 Pf. Beginn 20 Uhr.
Les den Klassenkampf

Bezirks-konsumverein
Reichenbach Netzschkau

Genossen Beachtet unsere Inserate!
Stärkt den Presse Fonds
Werbt Abonnenten!

CIRCUS BUSCH
Wochentags ab 8.15 Uhr
Freitag, 26. Februar
8.15 Uhr
Bettelstudent

Lichtspiele am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Max Adalbert in
„Mein Leopold“
dazu:
„3 Freunde“
ein Sensationsfilm
Fox tönende Wochenschau

Pharus Lichtspiele
Hüllerstraße 142
K. v. Nagy, W. Fritsch
in
„RONNY“
dazu:
Ufa-Ton-Kabarett
Marie Ney, Hörbiger, Westermeier, Dajos Béla
Fox tönende Wochenschau
Anfangszeiten Wochentags 5, 7, 9 Uhr
Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr

Bezirks-konsumverein
Reichenbach Netzschkau

Bezirks-konsumverein
Reichenbach Netzschkau

Genossen Beachtet unsere Inserate!
Stärkt den Presse Fonds
Werbt Abonnenten!

Genosse! Wir werben alle für die SAZ Hast Du schon einen neuen Abonnenten?